

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Eherecht: Die Sturheit der Patriarchen. Seite 5



Die Gastro-Nomadin

Ineta Jelic (47) reist im Camper von Saisonstelle zu Saisonstelle. Und sie weiss sich zu wehren. Seite 3

4 Seiten extra: Alles über die Personenfreizügigkeit

Es geht nicht um «die Schweiz gegen die EU». Es geht um Kapital gegen Arbeit. In der Schweiz und der EU. Der grosse work-Schwerpunkt. Seiten 6–9

Sparen bei der Krankenkasse

Was Zusatzversicherungen wirklich taugen. Der work-Service. Seiten 14–15

Wegen ihr drehten Männer im Roten

Angelica Balabanoff mischte beim Landesstreik mit. Geheimprotokolle des Bundesrats zeigen: Er sah dunkelrot. Die historische Recherche. Seiten 10–11





EINS, ZWEI
SCHADENFÄLLE

Für die NZZ sind flankierende Massnahmen ein «Kollateralschaden» der Personenfreizügigkeit. Für die NZZ sind mehr Lohnschutz und mehr Gesamtarbeitsverträge also Schadenfälle. Und sie belegt das mit Fake News: «Zusammen mit den arbeitsmarktlichen Regelungen sind nämlich auch Gesamtarbeitsverträge wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die vertraglich fixierten Löhne, die in der Regel mit zuneh-

Wer nicht hören will, muss fühlen. mender Berufserfahrung und dem Alter automatisch steigen, tragen dazu bei, ein-

heimische Arbeitskräfte zu verdrängen.» Ein schlechter Witz, sagt dazu Unia-Chefökonom Beat Baumann. Denn GAV würden in der Regel Anfangslöhne fixieren, aber praktisch nie Lohnanstiege nach zehn Berufsjahren vorschreiben. Warum also meldet die Alte Tante von der Zürcher Falkenstrasse solchen Hafenkäse? Weil ihr mehr Lohnschutz und mehr Mindestlöhne ebenso ein (marktradikaler) Dorn im Auge sind, wie sie es Ems-Milliardärin Martullo-Bocher & Co. sind. Auch sie attackieren die Flankierenden frontal. Es sind Attacken auf ein Erfolgsmodell, wie work-Autor Clemens Studer im work-Schwerpunkt über die Personenfreizügigkeit aufzeigt (Seiten 6–9).

EUROPÄISCHE WERTE. Beim Streit um die flankierenden Massnahmen geht es also nicht um «die Schweiz gegen die EU», denn die Gegnerinnen und Gegner von mehr Lohnschutz und mehr Rechten für Arbeitnehmende hocken hüben wie drüben. In Domat/Ems ebenso wie in Süddeutschland. Und ihre Befürworterinnen und Befürworter ebenfalls. Es geht deshalb nicht um ein nationales Problem. Es geht um ein soziales. Das weiss keiner besser als Ex-Unia-Co-Präsident Andreas Rieger. Er kennt die EU-Arbeitsmarktpolitik aus dem Effeff und wagt die These: Beim Kampf, den die Schweizer Gewerkschaften führen, geht es um die Verteidigung der europäischen Werte.

FRAUENFEINDE. Für die SVP wären Lohnkontrollen zur Umsetzung der Lohngleichheit eine «Lohnpolizei». Ebenfalls ein Schadenfall. In der zuständigen Nationalratskommission haben ihre Mitglieder nun geschlossen Nein gestimmt zu den Mini-Massnahmen. Genauso wie die FDP. work nennt die Namen der 12 Frauenfeindlichen (Seite 5). Und ruft zur nationalen Demonstration für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung am 22. September in Bern auf. Jetzt erst recht: Wer nicht hören will, muss fühlen! Denn immer noch verdient in der Schweiz jede erwerbstätige Frau durchschnittlich 7000 Franken im Jahr weniger. Nur deshalb, weil sie eine Frau ist.

Ausgerechnet die Internationale Arbeitsorganisation
Die ILO baut in Genf mit
«Billig»-Temporären



KEIN VORBILD: Die Internationale Arbeitsorganisation beschäftigt auf ihrer Baustelle viel zu viele Temporäre. Das heisst, zu schlechteren Bedingungen als ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. FOTO: FOTOLIA

Ausgerechnet auf der Baustelle der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind mehr als die Hälfte der Bauarbeiter nur temporär angestellt. Mit weniger Rechten und weniger Lohn.

CHRISTIAN EGG

José Sebastiao von der Unia Genf staunte nicht schlecht. Als er und seine Equipe die Baustelle am Hauptsitz der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) kontrollieren, treffen sie ganz viele Maurer an, die nicht regulär angestellt sind. Sondern von einem Temporärbüro. Und zu schlechteren Bedingungen als ihre Kollegen. Sie erhalten nur den Mindestlohn und werden von der Firma nur aufgeboten, wenn es genug Arbeit gibt.

REKLAMIEREN VERBOTEN

Das ist zwar legal. Aber die Büezer sind der Firma völlig ausgeliefert. «Bei den Temporären lautet das Motto: Wer reklamiert, kann am

nächsten Tag nicht mehr kommen», sagt Unia-Mann Sebastiao. Es ist die Waadtländer Baufirma Orlatti (800 Angestellte), die hier renoviert. Doch die Kontrolle der Unia im Juli hat gezeigt: Nur gerade 10 der anwesenden Maurer sind von Orlatti regulär angestellt. Weitere 19 hat die Firma von zwei Temporärbüros angefordert.

Das hat System. Laut Einsatzplänen, die work vorliegen, waren

Nur 10 Maurer sind regulär angestellt, 19 Maurer kommen von Temporärbüros.

seit Beginn der Arbeiten im April fast immer mehr Temporäre vor Ort als Festangestellte. Und das ausgerechnet bei der ILO. Sebastiao sagt: «Die ILO sollte weltweit für faire Arbeitsbedingungen sorgen. An ihrem eigenen Hauptsitz macht sie das Gegenteil.» Zwar sagt die

ILO, sie habe «sofort» bei Orlatti interveniert und verlangt, dass mindestens drei Viertel der Maurer Festangestellte seien. Aber ein paar Wochen später stellte die Unia fest: Bei der Asbestsanierung hat sich nichts gebessert. In der zweiten Augustwoche waren es 12 Festangestellte, aber 15 Temporäre. Dazu ein ILO-Sprecher gegenüber work: Das zeige, dass Orlatti den Einsatz von Temporären reduziere.

DIE ILO WEICHT AUS

Die Reaktion der ILO sei ungenügend, kritisiert José Sebastiao: «Auch ein Viertel Temporäre wäre noch zu viel!» Mit den Genfer Gemeinden Carouge und Vernier hat die Unia vereinbart, dass bei öffentlichen Aufträgen nur noch maximal 10 Prozent Temporäre zum Einsatz kommen (work berichtete). Die Unia fordert jetzt dasselbe von der ILO. Doch ihr Sprecher weicht aus. Ziel sei es, den Anteil an Temporären «so weit wie möglich» zu reduzieren.

Verhandlungen
Bau-Vertrag:
«Inakzeptabel»

Zehn Monate lang haben sich die Baumeister geweigert, über den Landesmantelvertrag (LMV) und die Rente mit 60 zu verhandeln. Jetzt versuchen sie es mit einer neuen Taktik: Bei den Löhnen und der Frührente kommen sie den Forderungen der Bauarbeiter entgegen. Dafür wollen sie massive Verschlechterungen bei den Arbeitszeiten. Bis zu 100 Minusstunden und 200 Überstunden sollen normal werden. Und bei Stellenwechsel soll der Mindestlohn nicht mehr garantiert sein.

STREIK? Unia-Bauchef Nico Lutz rechnet vor: «Im Winter könnten die Firmen die Büezer für einen Monat heimschicken. Danach müssten die Bauarbeiter ohne jeden Zuschlag 300 Überstunden leisten.» Konkret: Während 11 Monaten müssten sie dann 9,5 Stunden pro Tag chrampfen. Die Gewerkschaften lehnen dies ab. Sie haben aber vor dem Treffen mit den Baumeistern vom 21. August einen anderen Vorschlag gemacht. Nico Lutz: «Darüber wollten wir mit den Baumeistern verhandeln. Doch sie verweigerten einmal mehr das Gespräch.» Lutz kritisiert: «Wenn man eine Lösung verhindern will, muss man es genau so machen. Zuerst ganz lange nicht verhandeln, dann ein inakzeptables Paket vorlegen und darüber wieder nicht verhandeln.» Zur Erinnerung: 93 Prozent der Bauarbeiter wollen streiken, wenn die Baumeister nicht bald zur Vernunft kommen. (che)

Bund beschleunigt Verfahren für die Opfer
Verdingkinder sollen schneller
ihre Entschädigung erhalten



Endlich: Der Bund setzt jetzt mehr Personal ein, damit Verdingkinder möglichst rasch zu ihrem Geld kommen.

Sie wurden aus ihrer Familie gerissen und in ein Heim gesteckt. Oder in eine Strafanstalt. Oder auf einen Bauernhof als billige Arbeitskraft. Sie wurden geschlagen, vergewaltigt, sterilisiert. Über 300 000 Menschen gelangten im Lauf der Jahrzehnte ins grausame System der «fürsorgerischen Zwangsmassnahmen» und wurden zu Verdingkindern.

LANGSAM. Jetzt will der Bund dafür sorgen, dass die Überlebenden rasch die Wiedergutmachung von 25 000 Franken bekommen, die ihnen das Parlament zugesprochen hat. 9000 von ihnen haben bis Ende März 2018 ein Gesuch eingereicht. Aber das Bundesamt für Justiz



SCHWEIZER SCHANDFLECK: Verdingkinder, um 1953. FOTO: KETSIKONE

hat bisher nur gut 2300 Gesuche geprüft und nur etwa 2000 Menschen die Entschädigung ausbezahlt. Damit es schneller geht, wolle man jetzt mehr Personal einsetzen, um die Dossiers zu bearbeiten, so das Amt gegenüber Radio SRF.

DRINGEND. Das ist dringend nötig, sagt work-Kolumnist Jean Ziegler. Er hat mehrfach den Umgang von Politik und Verwaltung mit den Opfern kritisiert,

zuletzt in einem eindringlichen Appell am 29. Juni im work (rebrand.ly/workziegler). «Es ist eine traurige Tatsache, dass die meisten Opfer dieser Verbrechen alt und krank sind», so Ziegler. «Sie brauchen das Geld dringend, bevor sie sterben.»

Jetzt ist Ziegler vorsichtig optimistisch, dass es rascher vorwärtsgeht: «Die Mobilisierung hat genützt, work hat auch dazu beigetragen. Jetzt gilt es aufmerksam zu bleiben und genau zu kontrollieren, ob die Verwaltung endlich dem Gesetz nachkomme.»

Durch die Wiedergutmachung bekommen die Opfer zumindest eine offizielle Anerkennung, dass ihnen grosses Unrecht angetan wurde. Jean Ziegler betont aber: «Sie ändert aber nichts daran, dass die Verbrechen gegen die Verdingkinder ein ewiger Schandfleck in der Geschichte unseres Landes bleiben werden.» (che/ms)



TINGELINGELING: Ineta Jelic, hier flankiert von Mirabelle (links), Kiwi (rechts) und Nemo (liegend), arbeitet immer dort, wo andere gerade Ferien machen. FOTO: STÖH GRÜNIG

Saisonarbeiterin Ineta Jelic (47) hat gut lachen: «Ich bin immer da, wo es schön ist!»

Moderne Nomadin

Viele in der Gastrobranche leiden unter prekären Arbeitsbedingungen. Ineta Jelic nimmt sie in Kauf. Aber ausnützen lässt sie sich nicht.

SABINE REBER

Seit 16 Jahren lebt Ineta Jelic im VW-Bus, zieht mit ihren Hunden Mirabelle, Kiwi und Nemo von Saison zu Saison durch Europa. work trifft sie im Berner Oberland vor dem Chalet von Hans Gfeller, einem pensionierten Elektriker und «alten» Gewerkschafter. Er hat extra die Büsche zurückgeschnitten, damit Jelics VW-Bus vor dem Haus Platz hat. Die Frau mit dem flammenden Haar kocht Kaffee, und Hans holt derweil die goldene Uhr hervor, die ihm der Smuv zur 40jährigen Mitgliedschaft geschenkt hat. Von der anderen Strassenseite tönen fröhliche Kinderstimmen herüber. Dort liegt das Schwimmbad von Saanen, wo Jelic gerade die Sommersaison beendet. «Ein super Job», findet sie, «hierhin komme ich immer gerne zurück! Die Leute sind freundlich, die Stimmung ist gut. Bei schönem Wetter arbeiten wir einfach, solange es zu tun gibt, das ist selbstverständlich bei solchen Jobs. Dafür können wir bei schlechtem Wetter auch mal ausruhen.»

AUFBRUCH

Auch wenn die Arbeitstage lang sind, die Pausen für die Hunde müssen sein: füttern, Gassi gehen, das ist Ineta Jelic heilig. Und sie bestehe jeweils darauf, dass sie mindestens 10 Stunden Ruhepause am Stück habe. Laut Landesgesamtarbeitsvertrag (L-GAV) müssten es jeweils 11 Stunden sein (siehe Box). Jelic sagt: «Insgesamt arbeite ich sicher mehr als der Durchschnitt. Dafür brauche

ich meine Hundepausen sowie einen Standplatz und Strom für den Camper. Wenn ich das bekomme, ist es ein Gewinn für beide Seiten.»

Und wie wird man zur modernen Nomadin? Jelic ist in der Nähe von Stuttgart als Tochter einer Deutschen und eines Kroaten aufgewachsen, hat eine naturwissenschaftliche Matura und ist ausgebildete Krankenpflegerin. Sie arbeitete in der Palliativpflege. In der Freizeit hatte sie noch zwei Nebenjobs, als Pizzakurierin und in der Marktforschung: «Ich habe jeden Rappen gespart, um zu reisen, in Westafrika und in Südamerika und quer durch Europa», sagt sie. Aber auf die Dauer hatte sie das Gefühl, sich mit so viel Arbeit kaputtzumachen und doch immer zu wenig Zeit für ihren Traum zu haben. Sie überlegte: «Nie hat jemand von meinen Patienten bedauert, etwas gewagt zu haben. Die Sterbenden haben immer nur das bereut, was sie nicht gemacht haben.»

BERGE, SEEN, MEER

2003 nahm Jelic all ihren Mut zusammen und machte sich auf den Weg. Sie kündigte die Wohnung, verkaufte und verschenkte ihre Habseligkeiten, beendete ihre langjährige Beziehung. Dann kaufte sie einen gebrauchten Camper und suchte sich im Tierheim einen Hund als Weggefährten.

Sie nahm sich vor, im ersten Jahr ganz langsam und gemütlich, ohne Plan und Zeitdruck, bis nach Südschpanien zu reisen. Doch es kam anders: «Ich habe mich im Jura verfahren. Und dann bin ich per Zufall am Bielesee gelandet.» Das Wetter war prächtig, der See glitzerte, und Jelic sagte zu sich: «Was willst du in Südschpanien, wenn es hier so schön ist!» Sie fand einen Job als Pflegerin in einem Berner Spital, blieb einige Monate. Sobald sie genug Geld hatte, reiste sie weiter. Sie begann, Saisonjobs im Gastgewerbe anzunehmen, mal in einer Alphütte, mal auf einem

Zelt- oder Campingplatz, mal in einer Jugendherberge oder, wie in diesem Sommer, in einer Badi. Die Winter verbrachte sie auf Campingplätzen im Süden oder in Skigebieten: «Berge, Seen, Meer, ich bin einfach immer dort, wo es schön ist!» Sosehr sie ihr Nomadenleben liebt, organisatorisch sei es durchaus anspruchsvoll. Immer wieder eine Stelle zu finden ist auf Dauer nur möglich, weil sie ein gutes Netzwerk an Kontakten pflegt: «Wenn ich im Sommer auf einer griechischen Insel arbeite und mich für einen Winterjob in den Bergen in der

Bei allem Nomadentum: über den Tisch ziehen lässt sich Jelic nicht.

Schweiz bewerbe, kann ich ja nicht vorbegehen. Da braucht es Vertrauen.» Das Beste sei immer, von Kolleginnen und Kollegen empfohlen zu werden.

AUFLEHNUNG

So kam sie im Mai 2016 auch auf den Creux du Van im Neuenburger Jura, um in der Herberge Le Soliat zu arbeiten. Doch es wurde eine böse Überraschung. Jelic erinnert sich: «Der Chef hatte Leute aus Südamerika rekrutiert. Die arbeiteten 16 und mehr Stunden am Stück, im Akkord, und haben sich dann noch beim Chef entschuldigt, dass sie nicht noch mehr leisten können. Manchmal sind sie vor lauter Erschöpfung ins Freie getorkelt.»

Ineta Jelic war schockiert über diese Zustände und ging zur Unia. Nach mehreren Protestaktionen und Verhandlungen kam es diesen Sommer zu einer Schlichtung. Jelic bekam 5000 Franken als Abfindung. Denn bei allem Nomadentum, Flexibilität und selbstgewählten unsicheren Saisonjobs: über den Tisch ziehen lässt sich Jelic nicht. Von keinem Arbeitgeber.

Klare Regeln: Gastro-GAV und Arbeitsgesetz

Das Arbeitsgesetz schreibt für alle in der Schweiz Beschäftigten eine tägliche Ruhezeit von mindestens 11 aufeinanderfolgenden Stunden fest. Die Ruhezeit kann unter bestimmten Bedingungen und maximal einmal pro Woche auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Ausserdem besteht im Gastgewerbe mit dem Landesgesamtarbeitsvertrag (L-GAV) der grösste allgemeinverbindlich erklärte Branchenvertrag der Schweiz. Dieser findet auch für Camping- und Zeltplätze, Alphütten, Jugendherbergen und Badis grundsätzlich Anwendung, sofern sie auch gastgewerbliche Leistungen anbieten – was fast immer der Fall ist.

REGELN MISSACHTET.

Mauro Moretto, Branchenverantwortlicher Gastgewerbe bei der Unia: «Eigentlich ist in diesen Bereichen alles klar geregelt. Aber zu viele Betriebe halten sich noch nicht daran. Gerade bei schönem Wetter werden die maximalen Arbeitszeiten in diesen Freizeit- und Tourismusbereichen oft überschritten. Aber mit genug Personal und entsprechender Organisation ist es auch für diese Betriebe möglich, das Gesetz einzuhalten.»

HEIMGESCHICKT. Ein weiteres Problem ist die Überwälzung des Unternehmerrisikos auf die Arbeitnehmenden. Moretto: «Da werden schnell mal ein paar Leute früher heimgeschickt, wenn das Wetter schlecht ist. Oder in einer nicht so guten Saison heisst es plötzlich, nächste Woche musst du nicht mehr kommen. Aber das geht natürlich nicht so einfach, denn Verträge müssen eingehalten werden.» (sr)

Groba AG streicht 75 Stellen

BRÜTTISELLEN ZH. Bei der Grossbäckerei Groba AG kommt es zu einer Massenentlassung. Über die Hälfte der 115 Mitarbeitenden müssen gehen. Grund: Denner zieht seinen Grossauftrag bei Groba zu-



FOTO: GROBA AG

BÄCKEREI: Groba verliert mit Denner den wichtigsten Kunden.

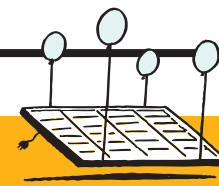
rück. Der Detaillist will sein Brot in Zukunft vermehrt selber in den Filialen aufbacken. Allein am Hauptsitz von Groba in Brüttisellen verlieren 40 Mitarbeitende ihre Stelle. Am zweiten Standort in Bern müssen 20 Leute gehen. Weitere 15 Entlassungen wird es bei einer externen Logistikfirma geben. Voraussichtlich verlieren insgesamt 75 Mitarbeitende bis Ende Jahr ihre Stelle. Für die Betroffenen wird ein Jobcenter eingerichtet, aber es ist kein Sozialplan vorgesehen. Die Unia fordert ein seriöses Konsultationsverfahren.

Die Unia will mehr Lohn für MEM-Arbeiter

BERN. Die Maschinenindustrie brummt. Im ersten Halbjahr 2018 sind in der Schweizer MEM-Industrie 24,1 Prozent mehr Aufträge eingegangen. Davon müssen auch die Mitarbeitenden etwas haben. Manuel Wyss, Industrie-MEM-Verantwortlicher der Gewerkschaft Unia, rechnet vor: «Die Teuerung wird dieses Jahr rund 1 Prozent betragen. Die Arbeitsproduktivität in der Branche hat sich weiter erhöht. Alle Kennzahlen zeigen nach oben. In den letzten Jahren stagnierten jedoch die Löhne in der MEM-Branche. Dieser Aufschwung gehört den Arbeitnehmenden!» Der Branchenvorstand schlägt darum der Branchenkonferenz MEM der Unia vor, an der nächsten Konferenz 2,5 Prozent Lohnhöhung zu fordern.

Urteil: Gunvor hat bestochen

GENÈVE. Der Genfer Rohstoffkonzern Gunvor hat in der Republik Kongo Dutzende Millionen Dollar Bestechungsgelder an Beamte bezahlt. 2,1 Millionen Euro flossen dabei in die Tasche der kongolesischen Präsidentenfamilie. Deswegen wurde nun ein ehemaliger Gunvor-Mitarbeiter vom Bundesstrafgericht in Bellinzona verurteilt. Sein Geständnis erlaubte es der Staatsanwaltschaft, «das ganze Ausmass des korrupten Vorgehens zu erfassen». Dies schreibt die Organisation Public Eye, die den Fall mit ihren Recherchen vor zwei Jahren ins Rollen gebracht hatte. Laut Berechnungen von Public Eye belaufen sich die Schmiergelder, die Gunvor in Kongo und in der Elfenbeinküste bezahlt hatte, auf 43 Millionen Dollar.



Solarstrom: Bald günstiger Winterstrom aus den Alpen?

Die Schweiz hinkt Deutschland bei den neuen, erneuerbaren Energien hinterher. Derzeit bewegt sich bei der Solarenergie technisch aber unheimlich viel. Wird die Schweiz nun endlich erwachen?

Es lohnt sich, in der Energiepolitik etwas über die Grenzen zu schauen. Deutschland ist in Sachen neuer, erneuerbarer Energien viel weiter als wir. Und trotzdem sinkt der CO₂-Ausstoss auch in Deutschland nicht. Warum das?

Die Kilowattstunde Strom ist für die deutschen Haushalte und Unternehmen im Verhältnis zur Kilowattstunde Öl und Gas viel zu teuer. Nicht wegen der Kosten, zu denen neue Solar- und Windanlagen Strom produzieren. Sondern weil die hohen Subventionen für die vor Jahren erstellten Anlagen auf die Netzkosten abgewälzt werden. Und so den Strom verteuern. Deshalb reissen die Deutschen ihre Öl- und Gasheizungen nicht raus und ersetzen sie nicht durch Luft-Wasser-Wärmepumpen, die laufend leiser, günstiger und effizienter werden.

WÄRMEPUMPEN. Deutschland kann das Problem auf zwei Arten lösen: Es verteuert Öl, Gas und Kohle mittels einer CO₂-Steuer. Oder der Staat kauft den Besitzerinnen und Besitzern die alten Wind- und Solaranlagen ab und macht einen einmaligen Abschreiber.

Die schwäbische Hausfrau und der bayrische Rappenspalter würden zu Hunderttausenden alte Anlagen rausreissen und neue Wärmepumpen einbauen. Weil die Kostenvorteile nicht

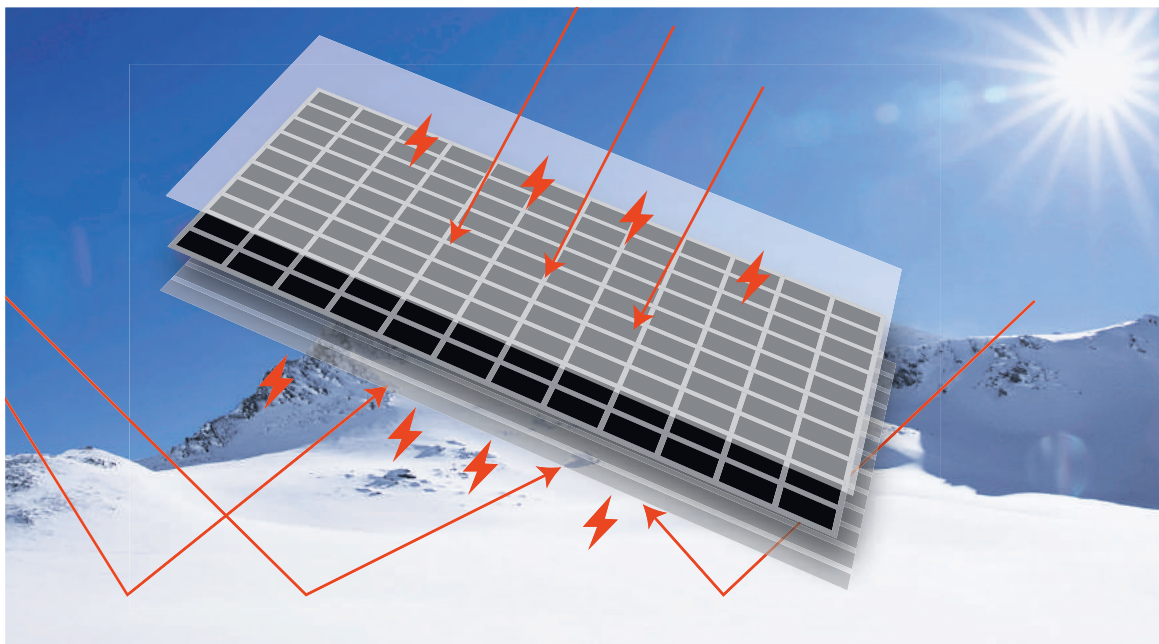
zu übersehen sind. In der Schweiz hingegen kommt die Windkraft nicht voran. Überall meldet sich die Opposition zu Wort. Ist das richtig oder falsch, obwohl wir in den Alpen beste Lagen hätten? Spielt keine Rolle, es ist leider, wie es ist. Deshalb weichen unsere Stromunternehmen in Sachen Windenergie ins Ausland aus. Umgekehrt bewegt sich im Bereich der Solarenergie technisch unheimlich viel:

● **Lichtstrahl 1:**

Solarzellen werden immer effizienter.

370 Watt pro Modul sind nächstens der neue Standard. Es braucht neu nur mehr gut 4 Quadratmeter Fläche, um eine Kilowatt Leistung zu installieren.

● **Lichtstrahl 2:** US-Präsident Donald Trump hat die Zölle auf chinesische Solarzellen massiv erhöht. Gleichzeitig hat China seine Ausbaupläne reduziert. Dies kombiniert führt zu Überproduktion und Preiskampf. Gut für alle, die in der Schweiz nächstens Solarzellen kaufen. Vorübergehend schlecht für die Herstellerfirmen und ihre Angestellten in China. Aber letztlich wird das den ökologischen Umbau beschleunigen.



STROM FÜR 6 RAPPEN: Bifaziale Zellen produzieren Strom mit der Vorder- und der Rückseite. Am meisten im Winter, wenn Schnee liegt. FOTO: UNSPLASH / GRAFIK: WORK

● **Lichtstrahl 3:** Bifaziale Solarmodule produzieren sowohl mit ihrer Vorder- als auch mit ihrer Rückseite Strom.

Sie kosten heute praktisch gleich viel wie traditionelle Module. Obwohl sie viel mehr Strom produzieren, vorab, wenn man sie in den Alpen auf über 2000 Metern installiert. Bisher hat man das alpine Potential vernachlässigt. Jetzt testet die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften an vertikal aufgestellten Solarwänden das Potential bifazialer Zellen oberhalb von Davos.

● **Lichtstrahl 4:** Die deutsche Unternehmung Schletter produziert neu einachsige, kostengünstige Freiflächen-Tracker, die dem Stand der Sonne folgen. Und die im Winter den Schnee abschüttern können.

Heute ist es absehbar möglich, in den Alpen Freiflächen-Solaranlagen zu erstellen, die Strom pro Kilowattstunde für maximal 6 Rappen produzieren. Über 40 Prozent des so produzierten Stroms würden im Winter anfallen. Wie lange dauert es, bis sich alle mit dieser neuen Ausgangslage auseinandersetzen?

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/Solargrill

An der Intersolar 2018 präsentierte Schletter seinen neuen Solargrill. Das in Bayern beheimatete Unternehmen hofft, damit seine wirtschaftlichen Probleme zu überwinden. Die Kosten pro installierte Kilowattstunde sollen für diese Art der Aufständerung unter 200 Franken liegen.

● rebrand.ly/Alpenstrom

In Davos testen die Zürcher bifaziale Zellen im Gebirge: Die Vorteile macht diese Website mit Grafiken klar.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Das work-Frauen-Bilder-Lesebuch erzählt und zeigt:

- Der grosse Lohnschiss an den Frauen in Franken und Rappen
- Wie aus Pussyhats auch #MeToo wurde
- Die Schweizer Frauenpower-Ikonen
- Das Frauenwunderland Island
- Das grosse Bundesrätinnen-Schrumpfen
- Auf dem Weg zum zweiten Frauenstreik ...und vieles andere mehr!

Ein Buch so bunt wie die Frauenbewegung!
Erscheint am 22. September –
pünktlich zur nationalen Demo in Bern.



Jetzt gratis vorbestellen per Mail an frauen@unia.ch oder brieflich an Unia-Zentralsekretariat, Abteilung VIP, Postfach 272, 3000 Bern 15

88 Jahre bis zur Gleichstellung im Eherecht

Die Angst der Männer

vor der Abschaffung des Kapitäns

Kürzlich klärte Juristin Renate Wegmüller* ihr Patenkind Yasmin (15) übers Heiraten auf. Historisch und rechtlich. work war dabei.

Yasmin: Du, Renate, unsere Lehrerin hat erzählt, dass wir erst seit 1988 ein modernes Eherecht hätten. Was war denn vorher?
Renate Wegmüller: Da hatten wir ein altmodisches. Angenommen, du hättest damals geheiratet, dann hätte vor allem dein Mann das Sagen gehabt. Er wäre das Haupt der Familie gewesen und hätte für dich und die Kinder sorgen müssen. Und du hättest den Haushalt machen müssen. Dazu gehörte auch die Kinderbetreuung. Aber nur dein Mann hätte euch gegen aussen vertreten dürfen. Dir wäre nur die «Schlüsselgewalt» geblieben, schon nur dieses Wort! Es bedeutete, dass die Frau lediglich die Ausgaben für den täglichen Bedarf des Haushalts tätigen durfte. Unter gewissen Umständen hätte dein Mann dir damals diese Schlüsselgewalt sogar beschränken oder entziehen können.



Foto: ZUG
Renate Wegmüller.

Das ist ja voll krass!
Ja, und es kommt noch besser: Der Mann konnte auch den Wohnsitz bestimmen. Sein Wohnsitz wäre auch dein Wohnsitz gewesen. Und wenn eine Frau arbeiten gehen wollte, musste sie ihren Mann um Erlaubnis fragen. Sagte er Nein, sie wollte aber trotzdem, musste sie vor Gericht. Du und deine Kinder hätten seinen Familiennamen erhalten und sein Bürgerrecht. Eine Frau war auch verpflichtet, ihrem Gatten im Geschäft zu helfen. Gratis! Und der Mann hatte sogar das Recht, nicht nur sein Vermögen zu verwalten und zu nutzen, sondern auch ihres. Über ihr Vermögen, das sie in die Ehe einbrachte, konnte die Ehefrau nur mit dem Okay von ihm verfügen. Er hingegen musste weder über sein Vermögen, sein Einkommen noch über seine Schulden Auskunft geben.

Das moderne Eherecht ist jetzt aber schon besser, gell?
Für die Frauen schon, denn es geht von einer gleichberechtigten Partnerschaft aus. Alle wichtigen Fragen sollen gemeinsam entschieden werden, und die Frau ist wirtschaftlich unabhängiger. Das neue Gesetz sieht keine festen Rollenverteilungen mehr vor: Frau und Mann können den Wohnsitz gemeinsam bestimmen und die Wohnung auch gemeinsam mieten. Sie müssen beide bei der Jobwahl aufeinander Rücksicht nehmen, und beide handeln selbständig im Rahmen der Schlüsselgewalt. Bei Anschaffungen, die darüber hinausgehen, braucht es die Zustimmung beider. Wer den Haushalt besorgt oder im Geschäft mithilft, hat Anspruch auf etwas Geld zur freien Verfügung.

Seit 2013 behalten bei einer Heirat grundsätzlich beide Eheleute ihren eigenen Familiennamen. Das Paar kann sich für einen der beiden Namen als gemeinsamen Familiennamen entscheiden. Der Doppelname ist nicht mehr möglich. Behalten beide ihre jeweiligen Namen, so können sie wählen, welcher Name Familienname wird.
Und, ganz wichtig: Frau und Mann haben die Pflicht, einander über die wirtschaftliche Situation auf dem laufenden zu halten. Beide verwalten und nutzen je ihr eigenes Vermögen selber und können mehr oder weniger frei darüber verfügen.

Normal, eben...
...nicht für alle. Das neue Eherecht wurde damals heftig bekämpft. Allen voran von SVP-Nationalrat Christoph Blocher. Er war Präsident des «Komitees gegen ein verfehltes Eherecht». Dieses ergriff das Referendum. Und es kam zustande.



Aber warum denn?
Man hatte Angst, dass die Ehe «führungslos» und das Eheschiff ohne Kapitän manövrierunfähig würde.
Hey, Hilfe!
Die CVP-Politikerin Josi Meier brachte es spitzzüngig so auf den Punkt. Auf die Frage, weshalb eigentlich das Referendum ergriffen worden sei, sagte sie: «Es ist nichts schwieriger, als Privilegien abzugeben. Und überdies gibt es Leute, die sich eine gleichberechtigte Partnerschaft nicht vorstellen können, die glauben einfach, es brauche immer einen Chef.»

Von denen gibt's auch heute noch viele...
...Blocher behauptete, das moderne Eherecht sei ehe- und familienfeindlich, es gehe an der schweizerischen Ehwirklichkeit vorbei. In wirtschaftlicher Beziehung sei es unverantwortlich, vor allem für Selbständigerwerbende. Komme das Eherecht durch, würden alle Diskussionen vor dem Richter enden, dieser werde zum dritten Partner im Ehebund. Er werde den Eheleuten seine persönliche Meinung aufdrängen. Er werde überfordert sein. Kurz: Das Versagen dieses Gesetzes sei programmiert.

Und die SVP folgte ihm natürlich.
Eben nicht! Sie empfahl die Ja-Parole. Auch SVP-Vizepräsidentin Grete Brändli stellte sich gegen Blocher. Sie meinte, weder das Zivilgesetzbuch noch der Richter dominiere im neuen Eherecht. Die Eheleute seien frei, ihr Zusammenleben nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Parteiinterner Widerstand kam auch von SVP-Nationalrat Werner Martignoni, dem späteren Berner Regierungsrat. Wer glaube, dass Partnerschaft in der Ehe möglich sei, müsse die Vorlage befürworten, argumentierte

Frauenfeinde: Sie torpedieren die Lohnungleichheit



Durchschnittlich 7000 Franken im Jahr verdient jede erwerbstätige Frau in der Schweiz weniger. Nur deshalb, weil sie eine Frau ist. Auf ein Erwerbsleben hochgerechnet, macht das 303 000 Franken aus. Das hat work exklusiv berechnen lassen (rebrand.ly/work-Studie). Zwar hat der Ständerat nach langem Hin und Her Massnahmen gegen diesen Lohnbschiss durchgewinkt. Er möchte Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten alle vier Jahre einer Lohnanalyse unterziehen. Ohne Sanktionsmassnahmen. Und zeitlich beschränkt!

HAUCHDÜNN. Doch sogar solche Mäuschen-Massnahmen gehen diesen 10 Männern und 2 Frauen von FDP und SVP zu weit. In der zuständigen Nationalratskommission stellten sie sich geschlossen gegen mehr Lohnungleichheit. BDP-Politikerin Rosmarie Quadranti, die ebenfalls in der Kommission sitzt und «natürlich» Ja gestimmt hat, überrascht dieses Resultat nicht wirklich, wenn «man die Positionen von FDP und SVP» kennt. Sie beobachtet ganz allgemein, «dass der Fraktionszwang zunimmt» und Leute deshalb den Mut verlieren, anders zu stimmen als ihre Partei. Quadranti wünscht sich deshalb «ein bisschen mutigere Frauen». Immerhin hat die Kommission mit dem Stichtentscheid der Präsidentin, einer CVP-Frau, der Änderung des Gleichstellungsgesetzes zugestimmt. Es geht nun in den Nationalrat.

DEMO AM 22. Für die Debatte in der grossen Kammer sei das kein ermutigendes Zeichen, kommentiert Corinne Schärer. Sie ist Unia-Geschäftsleitungsmitglied und für die Gleichstellung zuständig. Sie sagt: «Versenken FDP und SVP das Geschäft im Nationalrat, können wir von vorne anfangen. Einmal mehr.» Umso wichtiger sei jetzt, dass möglichst viele Frauen am 22. September nach Bern kämen: an die nationale Demonstration für Lohnungleichheit und gegen Diskriminierung. Details siehe unter: rebrand.ly/DemoLohnungleichheit.
MARIE-JOSÉE KUHN

* Renate Wegmüller ist Juristin und lebt in Bern. Sie hat auch zum Thema «Frauenstimmrecht» publiziert.

88 Jahre: Das Stichdatum
Der Bund Schweizerischer Frauenvereine (BSV) wurde 1900 gegründet, um auf die Ausarbeitung des Zivilgesetzbuches und namentlich des Eherechts Einfluss zu nehmen. Er forderte schon damals die Gleichstellung von Frau und Mann in der Ehe.

Grünen-Chefin Rytz hat selber gesehen, wie es ohne Lohnschutz läuft:

«Brutal übers Ohr gehauen»

Die bürgerlichen Parteien werfen den Gewerkschaften europapolitische Abschottung vor. Dabei verstehen diese mehr von Volkswirtschaft als der Bundesrat, schreibt die frühere Gewerkschaftsfrau Regula Rytz.

«Seit sieben Jahren politisiere ich nun in Bundesbern. Und wundere mich täglich, wie wenig hier viele Politikerinnen und Politiker vom Leben der Leute wissen, die kleinere Löhne haben. Als frühere Zentralsekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes kenne ich aber viele tragische Geschichten. 58jährige, die sich nach einem Unfall mit prekären Temporärjobs über Wasser halten. Logistikarbeiter,



«Ich wundere mich, wie wenig man im Bundeshaus vom Leben der Leute mit kleineren Löhnen weiss.»

REGULA RYTZ, CHEFIN GRÜNE

die eine Krankheit verstecken, um ihre Stelle nicht zu verlieren. Schlechtbezahlte Pflegerinnen am Rand der Erschöpfung. Für sie alle muss der Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen verteidigt werden. Sonst verlieren die bilateralen Verträge rasch an Zustimmung. Mit ihrer konsequenten Haltung sind die Gewerkschaften nicht die Totengräberinnen, sondern die Garantinnen für eine Öffnung der Schweiz.

SOZIALER SPRENGSTOFF Die Gewerkschaften hatten den bilateralen Verträgen im Jahr 2000 nur zugestimmt, weil diese an flankierende Massnahmen zum Schutz der Löhne und der Arbeitsbedingungen gekoppelt waren. Denn jedes Kind weiss heute: Die Schweiz mit ihrer starken Währung und dem hohen Lohn- und Preisniveau kann den Arbeitsmarkt nur öffnen, wenn sie die ortsüblichen Arbeitsbedingungen durch Gesamtarbeitsverträge und Kontrollen schützt. Sonst kommen die einheimischen Löhne und das Handwerk in den Grenzregionen unter die Räder. Das wäre sozialer Sprengstoff – und Knetmasse für die Rechtspopulisten.

Anstatt dem Druck der EU-Kommission nachzugeben, muss der Bundesrat die flankierenden Massnahmen vehement verteidigen. Sie schützen auch die europäischen Arbeitnehmenden in der Schweiz. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie es läuft ohne Schutz.

Zum Beispiel bei zwei Akkordmetzger aus Ostdeutschland. Sie wurden von einem Schlachthof in der Schweiz brutal übers Ohr gehauen. Sie mussten nicht nur finanziell drauflegen. Sie wurden auch in ihrer Würde tief verletzt. Es würde mich nicht wundern, wenn sie heute die harte, rechte AfD wählen. Denn sie haben am eigenen Leib erfahren, dass die herrschende Politik sich nicht für sie interessiert. Die Rechtspopulisten sind allerdings keinen Deut besser. Es sind die Gewerkschaften, die für Recht und Menschlichkeit kämpfen. Grenzüberschreitend wollen wir die flankierenden Massnahmen zu einem Erfolgsmodell für ganz Europa machen!»



NICHT NUR IN DER SCHWEIZ: Lohnkontrollen sind ein wirksamer Schutz gegen Bschiss-Firmen, die nur Dumpinglöhne zahlen. FOTO: KEYSTONE

Der Lohnschutz ist in ganz Europa ein Zankapfel

Das Burgenland lässt freundlich grüssen

Der Konflikt um die flankierenden Massnahmen ist kein Konflikt zwischen Ländern, sondern ein Konflikt zwischen Arbeitnehmenden und Profiteuren – hüben wie drüben.

ANDREAS RIEGER

Wenn wir den aktuellen Konflikt um die flankierenden Massnahmen verstehen wollen, müssen wir die Fronten genauer anschauen. Und sehen, wer eigentlich hinter dem Angriff aus der EU steckt. Zuvorderst gegen den Lohnschutz weibeln marktgläubige Ideologinnen und Ideologen in der Brüsseler Verwaltung. Sie politisieren in der Tradition des früheren EU-Kommissionspräsidenten Manuel Barroso. Für ihn stand die Freiheit der Unternehmer über allem. Vor allem auch über dem Schutz der Arbeitnehmenden. Diese Ideologie prägt die Unterlagen für die EU-Delegation, die derzeit mit der Schweiz über ein Rahmenabkommen verhandelt.

GUT FÜR VERNÜNFTIGE PATRONS

Gepusht werden sie von Unternehmern, insbesondere aus Süddeutschland. Diese sind dick im Geschäft mit Aufträgen in der Schweiz und stellen die grösste Gruppe von Unternehmern, die Aufträge in der Schweiz ausführen lassen. Sie entsenden Arbeitnehmende in die Schweiz. Dabei müssen sie das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» einhalten, das heisst, Schweizer Löhne bezahlen. Die flankierenden Massnahmen – auch die Voranmeldefrist von 8 Tagen – sorgen dafür, dass dieses Prinzip eingehalten wird. Genau das ist süddeutschen Unternehmern ein Dorn im Auge. Seit Jahren schicken sie entrüstete Briefe nach Brüssel. Als Schweizer Gewerkschafter dort vorsprachen, verwies die EU-Beamten auf einen Dossierberg auf ihrem Pult.

Rühriger Lobbyist ist Andreas Schwab. Er sitzt für die baden-württembergische CDU im Europäischen Parlament und verkündet, die Flankierenden seien «unverhältnismässig» und würden «ein Übermass an bürokratischer Arbeit» nach sich ziehen. Aber sind wirklich die paar zusätzlichen Formulare und die 8tägige Meldefrist das Problem? Wohl eher ihre Effizienz: Dank der Voranmeldung können die Kontrolleure in der Schweiz ihre Arbeit gut planen und viele Arbeitende überprüfen. Dabei entdecken sie in über 20 Prozent der Fälle Verstösse, fünftausend Mal pro Jahr. 37 Prozent dieser Verstösse verantworten deutsche Bschiss-Firmen.

Um den Knatsch um die Flankierenden zu verstehen, müssen wir auch sehen, wem sie nützen. Am meisten helfen sie den Arbeit-

nehmenden, die aus dem Ausland in die Schweiz arbeiten kommen. Denn sie sind entscheidend dafür, ob ein polnischer Monteur 12 Franken auf die Stunde bekommt oder 25 Franken. Und ob seine lange Wegzeit bezahlt wird. Kürzlich konnte SGB-Chef Paul Rechsteiner als Begleiter auf einer Kontroll-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

tour miterleben, wie gerne deutsche Arbeiter ihre Löhne überprüfen liessen. Sie sagten: «Bei uns müsste man auch mal kontrollieren!» Wer wird schon gerne diskriminiert und schuftet für einen tieferen Lohn als der Kollege nebenan.

Von Nutzen sind die flankierenden Massnahmen zweitens für die Arbeitenden, die in der Schweiz leben. Denn sie verhindern, dass die hiesigen Arbeitsbedingungen verwildern. Dass noch mehr Lohndruck und Billigkonkurrenz noch mehr Arbeitsplätze gefährden.

Aber auch für die Firmen in der Schweiz sind die Flankierenden wichtig. Der Wettbewerb in den Branchen findet so nicht via Lohnunterbietung statt. Darum stehen auch Gewerbeverbände hinter den Flankierenden. Die Verbandsspitzen der Arbeitgeber in der Westschweiz schreiben derzeit böse Briefe an die Bundesräte Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann, weil sie bereit sind, den Lohnschutz in den Verhandlungen mit der EU aufzuweichen. Selbst Arbeitgeber aus dem Süddeutschen können gut mit der 8-Tage-Regelung leben. Hinter vorgehaltener Hand sagen sie es so oder ähnlich: «Wir müssen unsere Arbeitseinsätze ja planen. Und die Frist hilft uns sogar gegenüber dem Druck von Auftraggebern, welche die Arbeit lieber gestern als morgen ausgeführt haben.»

GEWERKSCHAFTLICHER SUPPORT

Mit ihrem strikten Nein gegen Lohndumping sind die Gewerkschaften in der Schweiz also nicht allein. Lohnunterbietung ist auch in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern ein zentrales Problem. Österreich etwa zahlt weit höhere Löhne als das unmittelbar

anliegende Ungarn oder die Slowakei. Im grenznahen Burgenland wächst das Lohndumping den Kontrolleuren inzwischen über den Kopf. Es ist eine Situation, vergleichbar mit jener im Grenzkanton Tessin. Eine burgenländische Delegation aus Sozialpartnern und Regierung pilgerte deshalb kürzlich nach Brüssel und deponierte dort eine Petition: für eine Verstärkung der flankierenden Massnahmen.

Kein Wunder, stellt sich der österreichische Gewerkschaftsbund hinter den SGB. In einem Schreiben lässt er work wissen: «Der ÖGB unterstützt den SGB in seinem Kampf um den Erhalt der bewährten flankierenden Massnahmen. Gerade die Meldefrist ist eine wichtige Voraussetzung, dass die Lohnschutzmassnahmen überhaupt greifen.»

PRÄJUDIZ FÜR DIE EU

Lohndumping kann also auch zum Sprengstoff in der EU werden. Das sieht inzwischen auch Barroso-Nachfolger Jean-Claude Juncker. Anders als sein Vorgänger macht sich der aktuelle EU-Kommissionspräsident für das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» stark. Er hat begriffen, dass Lohndumping den politischen Boden schafft für nationalistische Rattenfänger à la Front national in Frankreich, AfD in Deutschland

Das Burgenland hat in Brüssel eine Petition für die Verstärkung der flankierenden Massnahmen eingereicht.

oder FPÖ in Österreich. Juncker hat deshalb kürzlich die EU-Entsenderichtlinie verschärft. Darin steht allerdings nichts zum Thema «Kontrollen». Diese behandelt die ältere «Durchsetzungsrichtlinie». Sie erlaubt den Ländern zwar spezifische Kontrollinstrumente, doch diese müssen «verhältnismässig» sein. Dieser Gummiparagraph ist es, den die neoliberalen Gegner des Arbeitnehmerschutzes benutzen.

Fazit: Bei der gegenwärtigen Diskussion um die flankierenden Massnahmen geht es nicht um «die Schweiz gegen die ganze EU». Auch innerhalb der EU stehen Arbeitnehmende gegen Profiteure. Die aktuelle Debatte in der Schweiz ist deshalb von europäischer Bedeutung. Der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Luca Visentini, bringt es auf den Punkt: «Wenn der Lohnschutz in der Schweiz durch einen neuen Vertrag mit der EU untergraben wird, könnte das den Schutz auch in anderen Ländern schwächen.»

Mehr Mindestlöhne: Darum wollen Ems-Chefin Martullo-Blocher & Co. die flankierenden Massnahmen zerschlagen

Attacke auf ein Erfolgsmodell



LOHNSCHUTZ: Weniger für sie, mehr für die Arbeitnehmenden – darum haut Magdalena Martullo-Blocher auf die Flankierenden drauf.

Heute sind 52 Prozent aller Arbeitnehmenden besser geschützt dank den flankierenden Massnahmen. Dieser Erfolg macht ihre Gegnerinnen und Gegner im Inland umso aggressiver.

CLEMENS STUDER

Im Zusammenhang mit dem angestrebten Rahmenvertrag mit der EU hat die sogenannte 8-Tage-Regel in der veröffentlichten Meinung eine zentrale Stellung bekommen. Die Erzählung jener, die den Lohnschutz aufweichen wollen, geht so: «Die Gewerkschaften müssten bloss die neuen technischen Möglichkeiten akzeptieren, dann wäre die EU zufrieden.» Das ist gleich mehrfach falsch.

Erstens drehen sich die vom Gesamtbundesrat definierten roten Linien bei den Verhandlungen mit der EU nicht um die 8-Tage-Regel, sondern darum, dass Schweizer Arbeitnehmendenrechte und Lohnschutz nicht Teil des Rahmenabkommens sein sollen. Zweitens ist es nicht einfach die EU, die Druck macht gegen die Flankierenden. Diese sind sowohl innerhalb der EU umstritten (siehe «Das Burgenland lässt

freundlich grüssen», S.6) als auch innerhalb der Schweiz. Ein Dorn im Auge ist der Lohnschutz den rechten Parteien und Teilen der Arbeitgeberverbände seit ihrer Einführung. Sie versuchen ihn deshalb über den Umweg Rahmenabkommen los zu werden.

Das ist kein neues Phänomen, einzig die Unverfrorenheit, mit der die Arbeitnehmendenrechte angegriffen werden, ist neu. Und dass die beiden FDP-Bundesräte Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann da mitmachen. Das sogenannte Diskussionspapier aus dem Departement Schneider-Ammann, das den Bruch mit den Gewerkschaften provozierte, stellt den ganzen Lohnschutz in Frage:

- die 8-Tage-Regel,
- die Kautionspflicht für Firmen,
- die Sanktionen gegen fehlbare Arbeitgeber,
- die Bekämpfung der Scheinselbständigkeit,
- die Qualität und Quantität der paritätischen Arbeitskontrollen.

GAV-ABDECKUNGSGRAD WÄCHST

Mit ihrem Totalangriff auf die Flankierenden gefährden Cassis und Schneider-Ammann den bilateralen Weg. Denn seit dem Nein zum EWR 1992 ist klar, dass eine Personenfreizügigkeit ohne flankierende Massnahmen bei Volk chancenlos ist. Darum kam es damals zum Deal der

Gewerkschaften mit den Unternehmern: Diese bekamen den freien Marktzugang zur EU und die Arbeitnehmenden den Schutz ihrer Rechte durch flankierende Massnahmen.

Konkret heisst das: Seit damals können die Gesamtarbeitsverträge (GAV) leichter allgemeinverbindlich erklärt werden. Es gibt mehr verbindliche Mindestlöhne, und Lohnkontrollen sorgen dafür, dass die Stellung der Lohnabhängigen gestärkt wird. Ein Erfolg: So wuchs der Abdeckungsgrad von Arbeitnehmenden, die Gesamtarbeitsverträgen unterstellt sind, zwischen 2003 und 2015 von 45 auf 52 Prozent. Heute steht also eine von zwei Personen unter einem GAV-Schutz. Und dies, obwohl die Bedingungen für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung in der Schweiz im internationalen Vergleich immer noch zu restriktiv sind.

Dank den Flankierenden ist in drei grossen Branchen neu ein GAV allgemeinverbindlich erklärt worden: im Personalverleih (Temporäre): 300 000 Unterstellte, bei den Tankstellen-shops: 12 000 Unterstellte und in der Reinigungsindustrie Deutschschweiz: 55 000 Unterstellte. Damit gelten neu für 367 000 Menschen mehr gewisse Arbeitnehmendenrechte. Dank den flankierenden Massnahmen hat der Bundesrat neu auch die Möglichkeit, einen nationalen Normalarbeitsvertrag (NAV) mit verbindlichen Mindestlöhnen einzurichten. Nämlich zur Verhinderung von Lohndumping dort, wo es keinen GAV gibt. Zum Beispiel in der Hauswirtschaft: Seit Januar 2011 gibt es dort einen verbindlichen Mindestlohn für privat angestellte Pflegende, Putzende usw.

SGB-BROSCHÜRE

Mehr Informationen zu den flankierenden Massnahmen finden Sie hier: rebrand.ly/sgb-flam.

denrechte. Dank den flankierenden Massnahmen hat der Bundesrat neu auch die Möglichkeit, einen nationalen Normalarbeitsvertrag (NAV) mit verbindlichen Mindestlöhnen einzurichten. Nämlich zur Verhinderung von Lohndumping dort, wo es keinen GAV gibt. Zum Beispiel in der Hauswirtschaft: Seit Januar 2011 gibt es dort einen verbindlichen Mindestlohn für privat angestellte Pflegende, Putzende usw.

NZZ MACHT KLASSENKAMPF

Diese Errungenschaften im Rahmen der Personenfreizügigkeit lassen sich sehen. Und sie müssen dringend ausgebaut werden. Doch schon jetzt gefallen sie den Marktradikalen und Abschottern in der FDP und SVP gar nicht. Darum attackieren sie die Flankierenden und die Gewerkschaften (work berichtete, rebrand.ly/millionenluege). So wie Ems-Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher im Februar an einer SVP-Medienkonferenz. Oder unlängst die NZZ. Sie bezeichnet die GAV offen als «Kollateralschaden der Personenfreizügigkeit». Kollateralschaden heisst, man nimmt für ein höheres Ziel eine nicht beabsichtigte, schädliche Folge in Kauf. Also: Arbeitnehmendenschutz ist für die NZZ ein Schaden, der möglichst repariert werden sollte – sprich: geschwächt oder abgeschafft. Wenn das nicht Klassenkampf ist! Klassenkampf von oben.

Biberli meint:
«Ideale Rahmenbedingungen ... ?»



DAS VERGESSENE MARTYRIUM

Spätsommerliche Hitze flimmert über dem Platz der Nationen vor dem Genfer Völkerbundpalast, dem europäischen Hauptsitz der Vereinten Nationen. Hier versammeln sich regelmässig Vertreterinnen und Vertreter der Tamilen, Kurden, Iraner, Sahraouis und

Keine Uno-Instanz wird es wagen, Sanktionen gegen die neue Weltmacht China zu fordern.

vieler anderer gepeinigter und unterdrückter Völker. Sie zeigen die Fotos

ihrer Märtyrer, verteilen Flugblätter und versuchen, mit den Mitgliedern des Menschenrechtsrates, der weit hinten in der Uno-Festung tagt, ins Gespräch zu kommen. Meist vergeblich.

DIE UIGUREN. Auf dem Platz wogt ein Meer von blauen Fahnen mit einem weissen Halbmond und einem weissen Stern. An langen Holzpalisaden hängen Fotos von gefangenen, gefolterten, ermordeten Uigurinnen und Uiguren. Auf einem Foto schaut mich ein junger Mann mit traurigen schwarzen Augen an. Er heisst Nurum Islam und starb am 13. Oktober 2010 unter der Folter. Neben ihm das Foto der Journalistin Guelmer Irmin. Wegen eines für Peking kritischen Artikels ist sie seit 2011 in Haft. Ein weiteres Foto zeigt den Schriftsteller Remetjan Abdullah. Einen Roman von ihm hat die chinesische Besatzungsmacht verboten, und er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

Etwa 22 Millionen Menschen leben im chinesischen Sinkiang. Die muslimische Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner nennt ihr Land Ost-Turkestan. Das Gebiet wurde 1949 von China militärisch besetzt. Genau wie 13 Jahre später das benachbarte Tibet. Die Strategie der chinesischen Besatzer ist in Sinkiang und Tibet gleich: Die Einheimischen werden terrorisiert, ihre kulturelle Identität wird systematisch zerstört, das Land wird geplündert.

ELENDE LÜGE. In Genf verteilen die Demonstranten jetzt eine Petition mit der Forderung, Uno-Truppen nach Sinkiang zu entsenden. Ein älterer Mann mit einem Stoppelbart und lebhaften Gesten spricht mich an. «Helfen Sie uns, Herr Ziegler, ich bitte Sie.» In Sekunden-schnelle formiert sich um uns ein Menschenkreis.

Ich fühle mich elend wie ein Hund. Ich lüge diese Menschen an und sage: «Geben Sie mir die Petition. Ich werde sie dem Menschenrechtsrat bringen.»

Dabei weiss ich genau, was geschehen wird. Ich werde die Petition dem Generalsekretär des Rates übergeben. Er wird sie registrieren lassen, und dann wird sie in einem riesigen Aktenschrank versenkt.

Keine Uno-Instanz und niemand der in Genf oder New York akkreditierten Botschafter und Botschafterinnen wird es wagen, Sanktionen gegen China zu fordern. Die neue Weltmacht agiert jenseits von Völkerrecht und Menschenrechten.

Die Menschen sind trotzdem nicht umsonst auf den Platz der Nationen gekommen. Sie konfrontieren die Schweigenden, die Komplizen, die Hilfsverweigerer mit ihrer Schande.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.



VASCO PEDRINA: «Wer die flankierenden Massnahmen und damit unsere Löhne angreift, gefährdet die bilateralen Verträge und betreibt das Geschäft der rechtsnationalistischen Abschotter.»

Ex-Unia-Co-Chef Vasco Pedrina warnt: «Ohne Lohnschutz ist der bilaterale Weg tot»

Gewerkschafter Vasco Pedrina (68) ist im Unruhestand. Als erster hat er die neuere Migrationspolitik der Schweiz aufgearbeitet (siehe rechts).

CLEMENS STUDER
work: Sie zeichnen in Ihrem neuen Buch den Weg der Schweiz nach, von der alten Personenfreizügigkeit über die Kontingentspolitik zur neuen Personenfreizügigkeit mit der EU. Welches System diene oder diene den Lohnabhängigen am meisten?
Vasco Pedrina: Die neue Personenfreizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Arbeitsbedingungen und der Schweizer Löhne. Sie ist nämlich eine Erfolgsgeschichte. Grundsätzlich ist Personenfreizügigkeit im Interesse der Lohnabhängigen. Damit sie aber nicht von Arbeitgebern missbraucht wird, braucht es flankierende Massnahmen. Wir müssen diese nicht nur verteidigen, sondern auch weiterentwickeln.

Momentan läuft von rechts ein neuer Frontalangriff auf Personenfreizügigkeit, flankierende Massnahmen und die Bilateralen. Nicht nur die SVP will zurück zur Kontingentswirtschaft. Offensichtlich nehmen auch Teile der Arbeitgeberverbände und der FDP einen solchen Systemwechsel in Kauf. Sehr stossend, denn das Kontingentsystem mit all seinen menschenfeindlichen Auswüchsen ist grandios gescheitert. Keines ihrer Ziele haben seine Urheber erreicht. Weder wurde die Zuwanderung gebremst, was

«Die flankierenden Massnahmen sind eine Erfolgsgeschichte.»

man versprochen hatte. Im Gegenteil: das Kontingentsystem schwächte die Position der Arbeitnehmenden generell und schädete auch der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften trugen das System aber lange mit. Auch sie nahmen ausländische Kollegen einst als Gefahr wahr. Die Einschätzung damals war, dass mit einer Beschränkung der Zuwanderung die Arbeitskraft verknappt und sie deshalb teurer verkauft werden könne. Das war ein Irrglaube. Die Arbeitgeber holten sich, was sie an Arbeitskräften nötig hatten, so oder so – zum Teil schwarz zu noch schlechteren Bedingungen, als es die offiziellen, prekären Statute bereits ermöglichten.

Kein Ruhmesblatt, dass die Gewerkschaften da mitmachen! Ja. Aber zu ihrer Ehrenrettung muss man auch sagen, sie waren später die erste gesellschaftliche Kraft, die diskriminierende Aufenthaltstatute und Kontingente als unmenschlich und unwirksam bekämpfte. In den 1980er und 1990er Jahren wandelte sich die Migrationspolitik der Schweizer Gewerkschaften weg von der Abwehrhaltung hin zur Solidarität.

Kann man sagen, dass die historische Wende in der Schweizer Migrationspolitik nach dem Nein zum EWR 1992 kam? Ja. Die Gegnerschaft des EWR war zwar zu einem wesentlichen Teil nationalistisch. Die entscheidenden Stimmen für das knappe Nein kamen aber von Leuten, die sich wegen der Personenfreizügigkeit um die Schweizer Löhne sorgten. Der Hauptfehler der Mehrheitspolitik damals war, dass sie flankierende Massnahmen verweigerte. Das haben irgendwann auch die Firmen begriffen.

Hat die Rechte die Lehren aus dem EWR-Debakel schon wieder vergessen? Es scheint so. Fakt ist, dass nach dem EWR-Nein bis zum knappen Ja zur SVP-Masseneinwanderungsinitiative alle europapolitischen Öffnungsvorlagen nur deshalb angenommen wurden, weil sie durch immer stärkere flankierende Massnahmen abgesichert waren. Aber offensichtlich haben bei der FDP und manchen Arbeitgeberverbänden die marktradikalen Ideologen inzwischen das Sagen.

Warum machen die beiden FDP-Bundesräte Schneider-Ammann und Cassis da mit? Und setzen sich sogar über die roten Linien des Gesamtbundesrates hinweg? Das ist unverständlich. Insbesondere Schneider-Ammann müsste es besser wissen. Die Gewerkschaften haben ihn bereits vor der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative 2014 gewarnt, dass die flankierenden Massnahmen und die Rechte der Lohnabhängigen gestärkt werden müssten, damit das Volk diese schädliche Initiative ablehne. Er und die Arbeitgeber wollten davon nichts wissen – und bekamen die Quittung.

Was heisst das für einen Rahmenvertrag mit der EU? Die Geschichte zeigt: ohne Sicherung der Arbeitnehmendenrechte hat ein solches Abkommen beim Volk keine Chance. Wer – wie die beiden FDP-Bundesräte – die flankierenden Massnahmen und damit unsere Löhne angreift, gefährdet die bilateralen Verträge und betreibt das Geschäft der rechtsnationalistischen Abschotter. Ohne Schutz der Löhne ist der bilaterale Weg über kurz oder lang tot.

Von der Kontingentspolitik zur Per Wie unser Arb

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sind die fortschrittlichste Methode zum Schutz der Arbeitnehmenden. Das zeigt der ehemalige Unia-Co-Chef Vasco Pedrina in seinem neusten Buch. Eine einordnende Chronologie.

Erster Weltkrieg: Die Abschottung beginnt

Bis weit ins 19. Jahrhundert war die Schweiz ein Auswanderungsland. Die Abschottung des Arbeitsmarktes war kein Thema. Nach der bürgerlichen Revolution und der Gründung der modernen Schweiz 1884 war die offizielle Migrationspolitik sehr offen. Die damalige weitgehende Personenfreizügigkeit in Europa war das Resultat von bilateralen Verträgen. Erst mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges änderte sich die Schweizer Migrationspolitik.

Zwischen den Kriegen: Nationalistische Töne

Die Ausländerpolitik vor und während des Ersten Weltkriegs setzte verstärkt auf Abschottung und Kontingentierung und verschärfte sich in der Zwischenkriegszeit. Einerseits vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise, andererseits unter dem europaweiten und auch innenpolitischen Druck von Nationalkonservativen, Faschisten und Nazis. Ab 1931 hatte das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG) als Ziel die Verhinderung der «Überfremdung» und der «dauerhaften Einwanderung». Bereits damals formulierte der Bundesrat, was noch heute Politik der Rechten ist: «Gegen die Zuwanderung von Ausländern gibt es nichts einzuwenden. Dies allerdings unter der Voraussetzung, dass sie sich nicht in der Schweiz niederlassen wollen.»

Nachkriegszeit: Doppelte Profiteure

Die Schweiz kam dank guter Geld- und Zuliefererdienste an Nazideutschland punkto Infrastruktur unbeschadet durch den Zweiten Weltkrieg. Die Finanzindustrie hatte sich als sicherer Hafen für schwarzes bis blutiges Geld erwiesen und brummt. Der weltweite Aufschwung der Nachkriegsjahre liess die Wirtschaft in der Schweiz wachsen. Für dieses Wachstum brauchte es «billige», schlechtqualifizierte Immigrantinnen und Immigranten, vor allem in den Fabriken und auf dem Bau. Das Reservoir arbeitsuchender Menschen war gerade in Südeuropa schier unerschöpflich. Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter aus Italien, Spanien, Portugal, dem damaligen Jugoslawien und der Türkei suchten und fanden Arbeit in der Schweiz.

Die Ausländerpolitik stellte sich ganz in den Dienst der Unternehmer. Um zu verhindern, dass sich die Arbeitenden aus dem Ausland in der Schweiz zu sehr heimisch fühlten, wurde das Prinzip der «rotierenden Zuwanderung» zur Doktrin. Bei wirtschaftlicher Abschwächung oder Krisen sollten die ausländischen Arbeitenden einfach und rasch wieder abgeschoben werden. Selbst in der Hochkonjunktur galt Immigration als «temporäres Phänomen». Diese Sicht übernahmen damals auch die Gewerkschaften.

Die Ausländerpolitik stellte sich ganz in den Dienst der Unternehmer.

In den 1960er Jahren verdoppelte sich der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung weiterhin «rotierend». Das führte zu Spannungen und brachte den Bundesrat dazu, Plafonierungen einzuführen. Unter dem Druck der fremdenfeindlichen Ausschaffungsinitiativen von 1965 und 1969 verschärfte der

Bundesrat die Gesetzgebung weiter. 1970 erreichte die «Schwarzenbach-Initiative» hohe 46 Prozent Zustimmung.

Im selben Jahr entsteht das System der «globalen Kontingentierung» der Ausländerzahlen. Ab jetzt wird jährlich ein Kontingent festgesetzt, wie viele neue Arbeitsplätze von Immigranten und Immigrantinnen besetzt werden dürfen. Es entstehen in unterschiedlichem Mass diskriminierende Bewilligungen: Saisonnier-, Jahresaufenthalts- und Niederlassungsbewilligung. Ein «zentrales Ausländerregister» erlaubt es, die verschiedenen Kategorien zu steuern und anzupassen. Die migrantischen Arbeitskräfte dienen als Konjunkturpuffer. In welchem Ausmass, zeigt sich in den (Ölpreis-)Krisenjahren 1974 bis 1976: In der Schweiz verschwinden 340 000 Jobs – 228 000 Entlassene sind Ausländerinnen und Ausländer. Die meisten davon mit einer Saisonnierbewilligung. Die Schweiz exportiert ihre Arbeitslosen.

Saisonnierstatut: Bewilligung der Schande

Das Saisonnierstatut wird 1934 eingeführt. Es bleibt bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre bestehen und ist die diskriminierendste Art der Arbeitsbewilligung. Das Statut machte ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter politisch gewollt zu einer rechtlich nur schwach geschützten «Manövrierarmee der Wirtschaft». Es fusste auf drei Säulen der Diskriminierung:
● Die Bewilligung war auf die Dauer einer Saison, höchstens aber auf neun Monate beschränkt. Danach mussten die Arbeitnehmenden die Schweiz für mindestens drei Monate verlassen.
● Der Familiennachzug war verboten.
● Den Saisonniers war der Stellen- und Ortswechsel grundsätzlich untersagt.
Nicht wenige Firmen nutzten die schwache rechtliche Stellung der Saisonniers knallhart aus. So verhinderten sie etwa, dass diese nach vier Saisons eine Aufenthaltsbewilligung bekamen. Das war – unter extrem strengen Bedingungen – möglich. So mussten die vier Saisons voll gearbeitet werden – wenn nur ein Tag fehlte, begann die Frist von vorne.

Unia-Mann und Ex-Saisonnier Bruno Cannellotto erinnerte sich im work so an diese Zeit: «Wenn der Luigi, der Antonio oder der José gute

Die Saisonniers waren die «Manövrierarmee der Wirtschaft».

Arbeiter waren, haben die Arbeitgeber alles getan, damit die Betroffenen keine Arbeitsbewilligung bekamen.» So schickten sie zum Beispiel Verträge absichtlich knapp, damit Saisonniers erst ein paar Tage zu spät für die vollen neun Monate in die Schweiz einreisen konnten. Oder sie entliessen sie kurz vor Ende der Saison. Die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter mussten dann weiter mit Saisonbewilligungen arbeiten und waren den Chefs fast vollständig ausgeliefert. Mit einer Jahresaufenthaltsbewilligung hätten sie Wohn- und Arbeitsort frei wählen können. Das Saisonnierstatut bedeutete für Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen. Tausende von Kindern mussten sich auf dem Estrich verstecken, weil sie «illegal» in der Schweiz waren. Die ganze Geschichte der Saisonnier-Schande hat work in der Broschüre «Baracken, Fremdenhass und versteckte Kinder» aufgearbeitet (erhältlich via migration@unia.ch).

1980er Jahre: Gewerkschaften öffnen sich

Während vieler Jahrzehnte stützten die Gewerkschaften grossmehrheitlich die offizielle und fremdenfeindliche Migrations- und Ausländerpolitik. Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen an den Werkbänken wurden zumindest auf Distanz gehalten, manchmal leider auch offen angefeindet. Das begann sich in den 1970er Jahren langsam zu ändern. Als erste engagierten sich christlich-soziale Arbeitnehmervereinigungen, Immigrantinnenorganisationen und die aus der 68er Bewegung hervorgegangenen Organisationen gegen das Saisonnierstatut. Als erste



sonenfreizügigkeit: eitsmarkt wurde, was er ist



SAISONNIERS UND SOLIDARITÄT: Italienische Arbeiterinnen um 1950 (links) in Chiasso. Demonstration für eine solidarische Schweiz nach dem EWR-Nein 1992 auf dem Bundesplatz in Bern. FOTOS: SOZIALARCHIV, KEYSTONE

Gewerkschaft beteiligte sich die Unia-Vorgängerin GBI tatkräftig am Kampf gegen das Saisonnierstatut. Weitere folgten ihr. Dieser Sinneswandel war auch eine Folge davon, dass sich die Gewerkschaften den Migrantinnen und Migranten zunehmend öffneten.

Ausserdem zeigte sich im Alltag immer deutlicher, wie sehr die politisch gewollten prekären Arbeitsverhältnisse der Migranten generell die Stellung aller Arbeitnehmenden schwächten. Die Widersprüche der Kontingentswirtschaft waren immer deutlicher zu erkennen. Darunter auch die dadurch geförderte Schwarzarbeit. Denn wenn es die Auftragslage nötig machte, holten sich die Unternehmen die gewünschten ausländischen Arbeitskräfte auch ohne Kontingente und illegal – oft zu noch üblen Bedingungen, als die Saisonniers arbeiten mussten. Schwarzarbeit mit all ihren negativen Konsequenzen beginnt zum festen Bestandteil der Schweizer Wirtschaft zu werden – und der Kampf gegen das Saisonnierstatut zum festen Bestandteil der gewerkschaftlichen Praxis. Am 15. September 1990 organisierte die Gewerk-

schaft GBH, Vorgängerin der GBI, auf dem Berner Bundesplatz eine nationale Demonstration für die Abschaffung des Saisonnierstatuts, für Gleichberechtigung und ein soziales Europa. Die Kundgebung wurde von der gesamten Gewerkschaftsbewegung unterstützt. 20 000 Menschen nahmen teil. Entsprechend gross war die nationale und internationale Resonanz.

Italien, Portugal und Spanien verschärften ihre Haltung gegenüber der Schweiz in den EWR-Verhandlungen. Mit einem Ja des Volkes zum EWR-Beitritt der Schweiz Ende 1992 wäre das Saisonnierstatut schon damals gefallen. Doch so weit kam es nicht.

1990er Jahre: EWR-Nein bringt die Wende

Am 6. Dezember 1992 lehnten 50,3 Prozent der Abstimmenden und 16 von 23 Kantonen den Beitritt der Schweiz zum EWR ab. In der Analyse zeigte sich, dass ein grosser Teil des Widerstandes auch daher kam, dass keine flankierenden

Massnahmen zur Personenfreizügigkeit vorgesehen waren. Dabei hatte es bereits Konzepte von links gegeben. Die Schweiz musste auf den bilateralen Weg setzen – und die Einsicht, dass es dafür ohne flankierende Massnahmen keine Volksmehrheit gibt, setzte sich nach und nach durch.

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU schützen die Flankierenden deshalb Schweizer Löhne und Arbeitnehmendenrechte. Auch wenn die flankierenden Massnahmen noch verbessert werden sollten und müssen, sind sie doch eine mehrfache Erfolgsgeschichte, genau wie die Personenfreizügigkeit, die diskriminierende Arbeitsbewilligungen zurückgedrängt hat.

Heute: Angriff auf unsere Löhne

Die flankierenden Massnahmen waren einem Teil der Arbeitgeber, den Nationalisten und den Marktradikalen immer ein Dorn im Auge. Die

einen wollen damit Stimmung gegen Ausländer und Ausländerinnen machen und Stimmen holen. Die anderen wollen möglichst wenig Lohn- und Arbeitsschutz für in- wie ausländische Arbeitnehmende. Beide ideologischen Welten

Die SVP will zurück zum unmenschlichen Saisonnierstatut.

vereint Magdalena Martullo-Blocher, Ems-Milliardärin und SVP-Nationalrätin. In schon bemerkenswerter Offenheit wütete sie im Februar an einer Medienkonferenz gleichermassen gegen die bilateralen Verträge, die flankierenden Massnahmen und die Gewerkschaften. Die SVP will zurück zum unmenschlichen Saisonnierstatut und zur ineffizienten Kontingentswirtschaft. Andere greifen den Lohnschutz subtiler an, aber nicht weniger radikal. Darunter die beiden FDP-Bundesräte Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann. Die beiden übertreten die vom Gesamtbundesrat gezogenen roten Linien mutwillig und wollen den Schweizer Lohnschutz zum Abschuss freigeben. CLEMENS STUDER



VERBLENDUNG: Im Bundeshaus diskutierten die Politiker über die angebliche Gefahr einer von «russischen Agitatoren» angefachten Revolution.
FOTO: SZENE AUS DEM THEATER 1918.CH / EVE LAGGER

Die Geheimprotokolle zum Landesstreik Der Bundesrat sieht dunkelrot

Im Bundeshaus war klar: Es steht die Revolution vor der Tür. Das zeigen die für geheim erklärten Protokolle des Bundesrates von 1918.

RALPH HUG

«Kein Auszug, da geheim»: Was der Bundesrat im Vorfeld des Landesstreiks beriet, sollte niemand erfahren. Die Protokolle waren streng geheim. Heute liegen sie im Bundesarchiv. Wer sie liest, begegnet einem Bundesrat in Panik. Er erwähnte die Revolution vor der Tür. Über die wahren Gründe der Wut des Volkes – Hunger, Arbeitslosigkeit, Verbitterung, Ohnmacht, Unterdrückung – verlor man wenige Wochen vor dem Streik kein Wort mehr. Es ging nur noch um Militär, Polizei und Repression.

MUNITIONSDEPOTS GERÄUMT. Statt der Unzufriedenheit der Schweizer Lohnabhängigen sahen die Männer – alle durchweg freisinnig-konservativ – ausländische Agitatoren am Werk. Die Bundesanwaltschaft klärte ab, «in welcher Weise gegen die russischen Agenten und Unruhestifter, welche unter dem Deckmantel von russischen Kurieren in die Schweiz

kommen, vorgegangen werden kann». Gemeint waren Leute wie die Russin Angelica Balabanoff (siehe Text rechts). In den Protokollen ist ständig von «Brutstätten der Revolution» und «bolschewistischen Umtrieben» die Rede. Das Militär räumte schon heimlich die Munitionsdepots in den Städten – damit sie nicht dem «Feind» in die Hände fielen.

WILLESWAHN. Zu den grössten Scharfmachern zählte General Ulrich Wille. Er wollte bereits am 2. November Zürich militärisch besetzen lassen. Sein Plan war, vier Infanterieregimenter und sämtliche Dragonerschwadronen aufzubieten. Diese sollten auch in Bern, Luzern, Winterthur und Schaffhausen «üben». Auf Antrag von Armeeminister Camille Decoppet verschob der Bundesrat das Aufgebot. Die Lage sei zwar ernst, aber nicht dringlich. Man hatte Angst, diese Provokation könnte mehr Schaden anrichten als nützen. Schon tags darauf doppelte Wille nach und verlangte Rückkommen auf den Beschluss. Er habe Meldungen «vom Anwachsen der revolutionären Bewegung und von der Anlage von Munitionsdepots».

Am 6. November beugte sich der Bundesrat dem Druck von rechts und beschloss das Truppenaufgebot. An derselben Sitzung entschied er auch, die Sowjetmission auszuweisen und den diplomatischen Kontakt abzubauen. Rechtskreise hatten schon lange gegen die russischen Diplomaten gehetzt und sie als Drahtzieher eines bevorstehenden bolschewistischen Umsturzes angeprangert. Ohne jegliche Beweise. In Tat und

Der Bundesrat geriet vor dem Landesstreik in pure Panik.

Wahrheit hatten die Russen mit dem Generalstreik wenig bis nichts zu tun. Trotzdem herrschte im Bürgertum eine antikomunistische Angstpsychose und Hysterie. Man bangte um die Privilegien.

DRUCK. Die Akten zeigen ausserdem, dass auch Frankreich Druck machte. Der französische Gesandte beschwerte sich bei Bundespräsident Felix Calonder, die Schweiz gehe zu wenig gegen die Bolschewisten im Land vor. Man sei «zu schüchtern und

furchtsam». Er kolportierte die Mär, die Bolschewiki hätten 50 Millionen Franken in die Schweiz gebracht und wollten von hier aus «die Revolution inszenieren». Er drohte gar, dass Frankreich die Grenze zur Schweiz mit einem Kordon absperren werde. Das war dann aber selbst für Calonder zu viel. Er rapportierte den Bundesratskollegen, dass er den Gesandten beruhigt und ihm versichert habe, der Bundesrat tue seine Pflicht, er könne aber nicht «auf alle unsinnigen Gerüchte hin» Massnahmen treffen.

Alle Bundesräte sahen den Umsturz im Anrollen. Es gab aber doch auch Unterschiede. Als Hardliner trat besonders Bundesrat Gustave Ador auf, ein Rechter aus Genf, und als Bremser Vizepräsident Eduard Müller, ein Freisinniger, der in Bern die Arbeitslosenfürsorge einführte. Ador wollte die Sowjetmission schon früh rauswerfen. Müller hingegen dachte taktisch und wollte Provokationen vermeiden: «Die Jungburschen (Vorreiter der Juso. Red.) warten nur einen günstigen Anlass ab, um loszuschlagen.» Er wollte auf Nummer sicher gehen und zuerst das Militär aufbieten. Was dann auch geschah.

Theaterspektakel 1918.ch in Olten Tempo, fulminante Bilder, und eine Irritation

Hunger, Kinderarbeit, Streik und Tote. Das ist der Zündstoff, aus dem das Theaterspektakel zum Landesstreik gemacht ist. Eine der Hauptrollen spielt eine grossartige SBB-Halle.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

«Der Krieg ist vorbei!» Das singen die Soldaten von den Dächern der alten SBB-Hauptwerkstätte in Olten. So beginnt das Theater «1918.ch – 100 Jahre Landesstreik», das Regisseurin Liliana Heimberg mit über 100 Laienschauspielenden inszeniert hat. Die riesige alte SBB-Werkhalle macht das Stück erst möglich: Von den Kindern bis zu den Senioren spielen sie vor, hinter, auf und unter der Bühne. Fenster, Stützfeiler und alte Arbeitsutensilien kommen zum Einsatz. Draussen fahren die Züge im Bahnhof Olten ein und aus. In schnellem Rhythmus wechseln die Szenen, der Chor singt, die Basler Sinfonietta spielt. Dazwischen immer wieder die Helvetia, als Anführerin, als Schlichterin, als RichterIn.

Der Erste Weltkrieg ist zwar vorbei, der Weltkrieg jedoch steht die grösste Zerreissprobe seit der Grün-

dung des Bundesstaates bevor. Während General Ulrich Wille in Solothurn von der Regierung ein Festmahl serviert bekommt, darben die Leute. Sie müssen bei den Suppenküchen anstehen. Aus Protest schlagen sie mit den Löffeln auf den Boden. Den Munitionsfabrikanten geht es hingegen gut, der Krieg beschert ihnen ein dickes Geschäft.

Die Fabrikarbeit ist hart, lange und schlecht bezahlt – auch Kinder Champfen dort. In einer scheinbar endlosen Reihe schieben die Arbeiterinnen und Arbeiter Palette durch die Werkhalle. Die Spanische Grippe wütet, sie rafft besonders junge Menschen zu Tausenden dahin. Der Chor singt: «Der Tod hat noch Hunger, trotz Krieg».

FESSELUND. Die Gewerkschaften mobilisieren. Und die Frauen. Sie fordern den Acht-Stunden-Tag, das Frauenstimmrecht, die AHV. Das Oltenner Aktionskomitee ruft den Streik aus. Doch Wille und sein Oberstdivisionsärz, Nazifreund Emil Sonderegger, verhetzen den grössten Volksaufstand in der Schweizer Geschichte als ferngesteuerten «Bolschewiken-



GIGANTISCH: Frauen schieben einen alten Eisenbahnwagen an, als Zeichen für das langwierige Ringen um das Frauenstimmrecht.
FOTO: KEYSTONE

putsch». Sie wollen draufhauen. Regisseurin Heimberg lässt die Armee mit gleissendem Scheinwerferlicht von draussen in die Halle einfällen: rechts, links, rechts, links, sie kommen. In Gretchen töten sie drei junge Männer. Doch

Ein grosses Erlebnis und unbedingt sehenswert.

plötzlich ist Schluss: Bevor der Streik richtig beginnt, bricht ihn die Regisseurin schon wieder ab. Seltam blass zeichnet sie auch Wille, diesen glühenden Bewunderer des deutschnationalistischen Kaisers Wilhelm II. Weiträumig umschifft sie auch die

eigentliche Gretchenfrage des Landesstreiks: Wollte die Armeeführung eine Konfrontation provozieren, um endlich bei der Arbeiterschaft aufzuräumen?

1918.ch bietet alles und noch viel mehr, eine fulminante Bilderexplosion, Eisenbahnwagenverschiebungen, Tempo und Action, starken O-Ton, tausendundein Kostüm, vollen Körpereinsatz und klangvolle Lieder. Scharf zeichnet Heimberg die soziale Not und die Wut der Frauen. Ein grosses Erlebnis. Ein riesiges Spektakel. Unbedingt einen Besuch wert. Nur eines irritiert: Warum wagt es Heimberg nicht, auch bei den Mächtigen genau hinzuschauen?

Eine russische Agitatorin mischte im Landesstreik die Schweiz auf Angelica Balabanoff: Rebellen, Sozialistin, Feministin

Kaum jemand erinnert sich heute noch an sie: doch Lenins Weggefährtin Angelica Balabanoff war für das Schweizer Bürgertum ein brandrotes Tuch.

RALPH HUG

Zunächst war sie bloss ein «Fräulein». Dann eine «Anarchistin», später eine «berühmte Agitatorin» und schliesslich eine «gefährliche Bolschewistin». Diese Bezeichnungen widerspiegeln die Karriere von Angelica Balabanoff (1878 bis 1965). Für das Schweizer Bürgertum war sie Staatsfeindin Nummer eins. Im Landesstreik 1918 erreichte die Wut gegen die Russin ihren Höhepunkt. Kurz danach musste Balabanoff die Schweiz verlassen: Ausweisung! Sie habe «mit ihren Umtrieben die Sicherheit des Landes gefährdet». So der Bundesrat in seinem Beschluss vom 12. November 1918.

14 TAGE REICHTEN

Balabanoff war aber nur gerade zwei Wochen in der Schweiz. Im Oktober traf sie mit dem Zug in Zürich ein. In der Tasche einen Diplomatenpass des Roten Kreuzes. Ordentlich meldete sie sich beim Kreisbüro an. Sofort hefteten sich

«Diese Frau schiesst mit scharfen Worten gegen Religion und Kapital.»

RAPPORT AN DIE BUNDESPOLIZEI

Geheimagenten an ihre Fersen. Die Schlafphüte überwachten sie rund um die Uhr. Im Hotel Central, wo sie logierte, wimmelte es von Spitzeln. Und von Provokateuren. Mehrmals baten sie Unbekannte um Geld: «Ich habe gehört, Sie seien so grosszügig...» Solche Schnorrereien waren Fallen. Sie sollten den Beweis erbringen, dass die Russin mit einer Menge Geld in die Schweiz gekom-

men war. Geld für die Revolution. Natürlich fiel Balabanoff nicht darauf herein. Dafür war sie viel zu geschickt.

Balabanoff stammte aus einer wohlhabenden Familie in Tschernigow (früher Russland, heute Ukraine). Sie studierte in Brüssel, weil Frauen in Russland nicht an die Uni durften. Dort lernte sie den Marxismus kennen. Sofort war sie von der Vision einer Gesellschaft ohne Ausbeutung, genannt Kommunismus, fasziniert. In Rom schloss sie sich den italienischen Sozialisten an und stellte sich ganz in den Dienst der Sache. Dank zahlreichen Vorträgen und Artikeln in Gewerkschaftskreisen wurde sie rasch bekannt. Balabanoff war rhetorisch begabt, sie konnte die Menschen fesseln. Und zwar in vielen Sprachen. Die nur 1,50 Meter grosse Rednerin lebte spartanisch und selbstlos, war immer auf Reisen, eine Nomadin des Sozialismus. Das machte Eindruck.

GEGEN RELIGION UND KAPITAL

1904 kam sie zum ersten Mal in die Schweiz. Und es gab gleich einen Skandal: Balabanoff deckte die infame Ausbeutung von jungen Italienerinnen in Ostschweizer Textilbetrieben auf (siehe Spalte rechts). Von da an war sie für das helvetische Bürgertum ein brandrotes Tuch und ein Fall für die Polizei. Das zeigt ihre Akte im Bundesarchiv in Bern. Überall, wo sie einen Vortrag hielt, waren Spitzel dabei. Rapport nach Bern zur Bundespolizei: Diese Frau schiesse «mit scharfen Worten gegen Religion und Kapital». Sie fordere die Proletarier zur Befreiung auf. Und der Klassenfeind machte sie immer mehr zur Staatsfeindin.

Balabanoff war auch mit Streikführer Robert Grimm und Rosa Bloch bekannt, welche die damaligen Hungermärsche organisierte. Zusammen mit Clara Zetkin organisierte sie internationale Frauenkongresse. Als Sekretärin der Zimmerwalder Bewegung brachte sie die linken Krieggegner als politische Kraft ins Gespräch. An der Konferenz in Zimmerwald BE hatte sie Lenin getroffen. Sofort erkannte der Revolutionär ihre Qualitäten. Als die Oktoberrevolution 1917 das alte Zarenregime hinwegfegte, zog Balabanoff nach Russland. Fortan war sie Lenins enge Vertraute, möglicherweise seine Geliebte und eine Art persönliche Gesandte. In seinem Auftrag pflegte sie die Kontakte zu den Arbeiterführern in Europa.

RECHTE RUBEL-LÜGE

Im Jahr des Generalstreiks kam Balabanoff in die Schweiz. Eigentlich wollte sie nach Italien weiterziehen. Aber die Bundesbehörden verwehrten ihr zunächst die Einreise. Ein Deal über die Ausreise von Schweizern, die im revolutionären Russland festsaßen, ermöglichte dann

Balabanoff wurde verletzt, blutete am Arm und verlangte einen Verband. Sie erhielt keinen.

doch ihre Ankunft in Zürich. Sogleich begann eine Hetzkampagne. Die reaktionäre «Gazette de Lausanne» verbreitete das Gerücht, Balabanoff sei mit 10 Millionen Rubel in die Schweiz gekommen, um hier «die Revolution zu entfachen». Pure Fake News, doch viele glaubten es. «Lächerlich», schrieb Balabanoff dazu in ihrer Autobiographie «Mein rebellisches Leben». Die Rechte



ANGELICA BALABANOFF: Mit der Aufdeckung der skandalösen Zustände in religiösen Arbeiterinnenheimen löste die Russin in der Schweiz einen Riesenskandal aus. FOTO: RH

forderte ihre Ausweisung, doch der Bundesrat zögerte. Er befürchtete Proteste der SP und der Gewerkschaften. Diese hatten Bern wissen lassen, dass sie einen Rauswurf Balabanoffs nicht hinnehmen würden. Die Russin habe sich nichts zuschulden kommen lassen.

VOM MOB VERLETZT

Die Geheimprotokolle zeigen klar, wie der Bundesrat dem Druck der Rechten nachgab und einknickte. Eine üble Rolle spielte dabei die Bundesanwaltschaft. Sie hatte keinerlei Beweise für das angebliche Geld aus Moskau. Dennoch behauptete sie frech, solches sei «via Haupt» in die Schweiz gelangt. Die Bundesräte glaubten an diese Mär, sahen überall bolschewistische Subversion am Werk und beschlossen in Panikstimmung, Balabanoff los zu werden. Und mit ihr gleich alle «Bolschewiki», sprich die ganze russische Botschaft. Ein aufgeregter Mob in Bern bedrohte und bespuckte die Diplomaten bei ihrer

erzwungenen Abreise. Die zur Bewachung aufgebottenen Dragoner blieben passiv. Es kam zum Handgemenge. Balabanoff wurde verletzt, blutete am Arm und verlangte einen Verband. Sie erhielt keinen. Man verbot ihr auch ein Telefonat mit den Spitzen der Gewerkschaft.

Seither hatte Balabanoff in der Schweiz Einreiseverbot. Und zwar auch noch, als sie sich langsam von Lenin lossagte. Sie bewunderte zwar den zielstrebigsten Machtmenschen und seine konsequente Haltung. Doch sie verurteilte auch seine Kompromiss- und Skrupellosigkeit. Die Diktatur der neuen Sowjetführung war ihr zuwider. Schliesslich schloss die kommunistische Partei Balabanoff 1924 wegen «Rechtsabweichlertum» aus.

KRITIK AN LENIN

Zuflucht fand sie nach dem Zweiten Weltkrieg bei den Sozialisten in Rom – dort, wo ihr Aufstieg begann. Sie lebte in der italienischen Hauptstadt bis zu

ihrem Tod im Jahr 1965. Im Alter von 90 Jahren schrieb sie noch eine luzide Analyse des Phänomens Lenin: Wie konnte jemand, der die Freiheit wollte, diese so stark unterdrücken, fragte sie. Die Antwort: Für Lenin habe der Zweck die Mittel geheiligt. Das aber sei der falsche Weg. Der Idee des demokratischen Sozialismus blieb Balabanoff bis zum Lebensende treu.

100 JAHRE LANDESSTREIK: JUBILÄUMSANLASS

In der alten Hauptwerkstätte der SBB beim Bahnhof Olten findet am Samstag, 10. November, der grosse **Landesstreik-Jubiläumsanlass** statt. Er wird vom Gewerkschaftsbund, der Sozialdemokratischen Partei und der Robert-Grimm-Gesellschaft getragen. Ab 14 Uhr dreisprachiges Programm mit Bläserensemble, Perkussion und Chor. Originaltexte vom 100-jährigen Streik und Berichte von Kolleginnen und Kollegen zu Streiks der jüngsten Zeit. Verpflegung zu historischen Preisen! Reservierung nötig, der Platz ist beschränkt. Bitte sofort anmelden: www.generalstreik.ch.

Balabanoff entlarvte Ostschweizer «Fabrik-Klöster»

Arbeiten, Gehorchen, Schweigen

Der Skandal um die Arbeiterinnenheime war der Start von Angelica Balabanoffs Karriere als Gewerkschafterin.

Ein Brief brachte den Stein ins Rollen. Darin schilderten Elvezia Paretto (14) und Ida Pasi (21) ihren Eltern die schrecklichen Zustände im Arbeiterinnenheim Murg SG. Dort wohnten die beiden jungen Italienerinnen unter Aufsicht von katholischen Ordensschwwestern. Nach der elfstündigen Plackerei in der Spinnerei mussten sie beten und bis zum nächsten Morgen schweigen. Der Lohn wurde ihnen abgenommen, Briefe und Pakete konfisziert. Beide flehten die Eltern an, sie herauszuholen. Notfalls mit der Polizei.

Der erschütternde Brief gelangte zu Angelica Balabanoff. Die Sozialistin (siehe Text links) arbeitete damals als Gewerkschaftssekretärin in der Schweiz. Die italienischen Sozialisten hatten sie 1905 nach St. Gallen geschickt, um die vielen Land-

Nach der Plackerei mussten die Mädchen beten und schweigen.

leute auf dem Bau und in der Industrie zu betreuen. Balabanoff stiess auf sklavensähnliche Zustände: Zu Hunderten hatten die Ostschweizer Textilbarone junge Mädchen aus Italien und dem Tessin rekrutiert und beschäftigten sie zu Hungerlöhnen. Privatsphäre gab es für die Arbeiterinnen im Heim keine. Widerstandspenigen drohten die Schwestern, sie kämen in die Hölle.

PERFIDES SYSTEM. Balabanoff erkannte das perfide System sofort. Sie nannte die Heime «klerikal-kapitalistische Strafanstalten». Ganz marxistisch, geisselte sie die «Allianz von Kapital und Kirche» zum Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften. Ihre Artikelserie im St. Galler Linksblatt «Vorbote» trug den Titel «Von der Ausbeutung der jugendlichen Arbeiterinnen in den religiösen Arbeiterinnenheimen der Schweiz». Und sie löste einen Skandal aus. Es folgten landesweit amtliche Untersuchungen. Das zynische Argument, man müsse mit dem strikten Regime die Moral der Arbeiterinnen schützen, geriet ins Wanken. Doch Behörden, Kirche und Politik vertuschten und verschleppten die Sache. Die berühmtesten Heime verschwanden erst in der grossen Textilkrise nach dem Ersten Weltkrieg. (rh)

Roboter statt Journis

SDA-Sport-redaktion vor dem Aus

Die Nachrichtenagentur SDA beliefert die Schweiz auch mit Sport-News. Der Medienkonzern Tamedia findet nun: Ein Roboter soll übernehmen.

PATRICIA D'INCAU
Gerade erst hat die Nachrichtenagentur SDA jede vierte Stelle gestrichen (work berichtete: rebrand.ly/sda-jobs). Jetzt platzt schon die nächste Bombe: Die Sportredaktion steht auf der Kippe, 26 Stellen sind bedroht. Der Grund: Der Zürcher Medienkonzern Tamedia will ab nächstem Jahr keine Sportnachrichten mehr bei der SDA einkaufen. Die Redaktionen («Tages-Anzeiger», «Bund», «Basler Zeitung» usw.) sollen ihre Sportseiten künftig alleine füllen – mit der Hilfe eines Roboters.

ROBOTER. «Tadam» heisst das Programm, das nun die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten ersetzen soll. Der Roboter durchsucht das Internet automatisch nach Sportresultaten und liefert diese an die Redaktionen. Die meisten Meldungen müssen dort noch immer von Menschen geschrieben werden, dennoch findet die Tamedia-

«Tamedia hat uns im Würgegriff.»

SEBASTIAN GÄNGER, SDA-JOURNALIST

Leitung, den SDA-Sportdienst brauche es nicht mehr.

Unsinnig findet das Marco Geissbühler von der Medien-gewerkschaft Syndi-com. Er sagt: «Die SDA liefert Analysen,

Einordnungen und Hintergründe. Das alles kann ein Roboter nicht.»

Die Entscheidung, den Sportdienst zu kündigen, haben die Tamedia-Redaktionen offenbar auch nicht ganz freiwillig getroffen. Wie die Basler «Tageswoche» berichtet, wurde den Verantwortlichen eiskalt gedroht: Wenn sie den SDA-Dienst behielten, müssten sie selber fünf Vollzeitstellen streichen. Für Gewerkschafter Geissbühler ist klar: «Der Konzern will vor allem eines: sparen.»

ALARMIERT. Für die krisengebeutelte SDA ist das ein schwerer Schlag. Erst vor kurzem hat sie mit der Bildagentur Keystone fusioniert, die Neuorganisation läuft. Mit Tamedia verliert das Unternehmen nun seine grösste Kundin im Bereich Sport – und Einnahmen von 1,7 Millionen Franken.

Was auf die Angestellten zukommt, ist unklar. «Wir sind alarmiert!» sagt SDA-Journalist Sebastian Gänger. Er ist Mitglied der Redaktionskommission. An einer Krisensitzung habe die Geschäftsleitung durchblicken lassen: Alles ist möglich – vom Erhalt der Sportredaktion bis hin zur Kündigung der Belegschaft. Gänger sagt: «Tamedia hat uns im Würgegriff.»

Entscheidend ist nun, wie der SDA-Verwaltungsrat auf die Tamedia-Kündigung reagiert. Er will sich Mitte September treffen.



GAV MEM: Innovation und Sicherheit

Der neue Gesamtarbeitsvertrag der MEM-Industrie ist seit Juli in Kraft. Er bringt viele Verbesserungen für rund 100 000 Angestellte. Welche genau? Unser Film informiert.
www.unia.ch/mem-film



AUF JOBSUCHE: Rund 14 Millionen Menschen in Europa sind arbeitslos. FOTO: GETTY

Unia-Ökonomen lancieren einen brisanten Vorschlag gegen die Massenarbeitslosigkeit in Europa

Mehr Jobs statt noch mehr Profit

Millionen in der EU sind ohne Arbeit. Das darf nicht sein, finden die Unia-Ökonomen Beat Baumann und Christoph Bucheli. Und fordern von den Konzernen, mehr Stellen zu schaffen.

RALPH HUG

Was ist Europas grösstes Problem? Die Flüchtlinge? Der Aufstieg der Rechtsausenparteien? Das heisse Wetter? Einstürzende Autobahnbrücken? Nichts von alledem. Unia-Ökonom Beat Baumann sagt klipp und klar: «Es ist die Arbeitslosigkeit.» Rund 14 Millionen Menschen sind auf der Suche nach Arbeit und finden keine. Sie müssen untendurch, sind ab-



KLIPP UND KLAR: Für Beat Baumann (links) und Christoph Bucheli ist die Arbeitslosigkeit Europas grösstes Problem. FOTOS: ZVG, NS

hängig vom Staat und versinken oft in Depression. Doch diese Tatsache findet politisch keinen Niederschlag. Im Gegenteil, die Medien jubeln, es herrsche «nahezu Vollbeschäftigung». Und sie nehmen geschönte Arbeitslosenzahlen für bare Münze. Auch in der Schweiz. Zum Beispiel aus dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco): In Wahrheit sind bei uns nicht 2,4 Prozent erwerbslos, wie das Seco angibt, sondern doppelt so viele. work berichtete über diesen «Zahlen-Bschiss».

IN JOBS INVESTIEREN
Schönmalerei nützt den Arbeitslosen nichts. Ihnen würde es mehr bringen, wenn die Konzerne endlich wieder investieren und mehr Jobs schaffen würden, anstatt ihre hohen Gewinne in die Taschen

von Managern und Aktionären umzuleiten. Das ist die Grundidee von Beat Baumann und Christoph Bucheli, beide Ökonomen in der Unia-Zentrale in Bern. Sie haben die Idee einer «Europäischen Beschäftigungsvorgabe» kreiert (EBV, siehe Box). Hat dieses Kürzel gar das Potential, zu einer neuen Leitidee der Linken zu werden? Ein epochales Ziel, für das sich viele Leute über die Parteigrenzen hinweg engagieren könnten? Baumann und Bucheli sehen gute Chancen. Vollbeschäftigung sei einmal das grosse Thema der Arbeiterbewegung gewesen. Noch in den 1970er Jahren sei es das selbstverständliche Ziel jeder Wirtschaftspolitik gewesen.

MEHR ALS EIN FROMMER WUNSCH

Doch dann verschwand das Wort still und leise aus dem politischen Vokabular. Heute gilt Vollbeschäftigung meist nur noch als «frommer Wunsch» von Theoretikerinnen und Theoretikern, die sich am Schreibtisch eine bessere Welt zusammenzimmern. Baumann und Bucheli sind aber überzeugt, dass es immer noch möglich sei, allen eine Arbeit zu verschaffen. Nach ihren Berechnungen müssten in der EU zwölf Millionen neue Stellen geschaffen werden. Dann wäre die Arbeitslosigkeit unter die Zwei-Prozent-Schwelle gedrückt, und man könnte wirklich von Vollbeschäftigung sprechen. Mit der Beschäftigungsvorgabe wären die Konzerne gezwungen, ihren Stellenbestand um 35 Prozent zu erhöhen.

ZEIT DES UMBRUCHS

Ist es nicht eine reine Utopie zu glauben, dass EU-Kommissionspräsident Jean-

Die Konzerne sollen ihren Stellenbestand um 35 Prozent erhöhen.

ben in Zeiten des Umbruchs. Vieles ist plötzlich möglich, was vorher undenkbar erschien.» Auch die EU werde sozialer. Wichtig ist ihm, dass es wieder eine gewerkschaftliche Vision gibt. Eine Alternative zu Abschottungsideen oder einem bedingungslosen Grundeinkommen, von dem niemand weiss, wie es herauskäme.

Die EBV: Investition in Jobs

Die «Europäische Beschäftigungsvorgabe» (EBV) nimmt die Konzerne in die Pflicht. Sie will Firmen mit über 250 Mitarbeitern dazu bringen, mehr Stellen zu schaffen. Und zwar so:

- Die EU-Kommission setzt Vollbeschäftigung als Ziel. Die Arbeitslosigkeit darf nicht mehr als 2 Prozent betragen.
- Die Konzerne erhalten eine Vorgabe, um wie viel Prozent sie die Anzahl der Stellen und die Personalausgaben erhöhen müssen.
- Diese Vorgabe wird jährlich so lange wiederholt, bis das Ziel von höchstens 2 Prozent Arbeitslosigkeit erreicht ist.
- Die Konzerne können entweder die Arbeitszeit reduzieren und die Arbeit auf mehr Leute verteilen. Oder investieren und mehr Jobs schaffen. Beides kann auch kombiniert werden.
- Die Konzernleitungen verhandeln mit den Betriebsräten über die Umsetzung der Vorgabe. (rh)

Das Konzept der EBV ist in einer Kurz- und einer Langfassung erhältlich bei ebv@unia.ch.

Baumann: «Wir wollen die Diskussion auf die sozialen Probleme lenken.» Einen Anfang haben die beiden Unia-Fachleute gemacht. Jetzt wollen sie ihre Idee bei den internationalen Gewerkschaftsverbänden einspeisen. Denn eine Beschäftigungsvorgabe ergebe wegen der drohenden Abwanderung von Firmen nur auf EU-Ebene Sinn.

AUCH DER SCHWEIZ NÜTZT'S

Laut Baumann würde sie auch den Arbeitnehmenden im Nicht-EU-Land Schweiz etwas bringen. Jede zehnte Stelle hierzulande stammt von einem multinationalen Konzern mit Sitz im Ausland. Die Schweiz würde sich freiwillig einer Beschäftigungsvorgabe anschliessen, so die Erwartung. Denn dadurch würde verhindert, dass Stellen in die EU verlagert würden. Baumann sieht auch positive Effekte bei der Migration innerhalb von Europa: «Wenn es Vollbeschäftigung gibt, dann bedeutet dies, dass die Menschen in ihrem Land Arbeit finden und nicht auswandern müssen.»

Lotta Suters Jahr 2017, in dem sie eine schwierige Entscheidung traf

Amerikanerin werden

work-Autorin Lotta Suter wird US-Bürgerin. Über ihre Gründe hat sie im letzten Jahr ein Tagebuch geführt, das jetzt als Buch erscheint.

MICHAEL STÖTZEL

Am 6. Juni 2017 kommt Lotta Suter das Stundengebet in den Sinn. Die meditative Besinnung in vielen Gesellschaften und Religionen, die den Alltag unterbrechen. Als sie daran denkt, ist knapp die Hälfte ihres «Tagebuchs einer Annäherung» an ihre



Lotta Suter.

neue Heimat bereits geschrieben. Eine Heimat, die ihr gar nicht so neu ist: Mit Unterbrechungen lebt sie schon mehr als zwanzig Jahre in den USA. Sie ist verheiratet mit einem Amerika-

ner, sie hat amerikanische Enkelinnen. Und plötzlich entscheidet sie, auch Bürgerin dieses Landes werden zu wollen. Darum drehen sich die meisten ihrer Überlegungen, ihrer Treffen und Gespräche im letzten Jahr, von denen sie berichtet. Und klar, im Mittelpunkt stehen dabei fast immer die neusten Grausamkeiten, Idiotien und Lügen des Donald Trump.

ZWEIFEL. Amerikanerin zu werden ist im Zeitalter seiner Präsidentschaft keine leichte Entscheidung. Jedenfalls nicht für eine Lotta Suter, die nicht arm, die sehr gut gebildet, protestantisch, weiss und blond ist. Die keine Mexikanerin oder Syrerin ist und «nur» schweizerisch-amerikanische Doppelbürgerin werden will. Die sich also Zweifel leisten kann.

Die Schönheit des weiten Landes und die Freundlichkeit und Zugänglichkeit so vieler ihrer Mitmenschen überwältigen sie. Sie hat Spass daran, sich an neuen kulturellen Eigenarten zu beteiligen, etwa am Truthahnessen zum familiären Ern-



AUCH EIN TEIL DER NEUEN HEIMAT: Souvenir aus dem Giftshop der rechten Tea-Party-Bewegung. FOTO: LOTTA SUTER

tedankfest. Erfolgreich probiert sie umgekehrt den schweizerischen Dreikönigsbrauch an amerikanischen Kindern aus. Das ist das eine.

Das andere ist die grauenhafte Politik, die sie tagtäglich miterlebt

Im Mittelpunkt stehen die Grausamkeiten, Idiotien und Lügen des Donald Trump.

und die zunehmend das gesellschaftliche Leben vergiftet.

Um es vorwegzunehmen: vernünftigerweise hat sie sich ganz pragmatisch für die Einbürgerung entschieden. Und für ein etwas gelasseneres Leben nach der Pension.

STUNDENGEBET. Obgleich, etwas mehr Gelassenheit im (noch jungen) Rentenalter, das scheint Suters Sache nicht zu sein. Darum auch die Überraschung, als sie in ihrem Tagebuch unvermittelt über das Stundengebet

nachdenkt. Über regelmässige Pausen, in denen sie mal nicht recherchiert und schreibt, in denen sie keine Opern zusammen mit ihrem Mann erarbeitet, nicht gärtner oder am Haus rumwerkelt. Pausen, in denen sie niemanden aus der mittlerweile recht vielköpfigen Familie unterhält oder bekocht, sich nicht um Kinder anderer Leute kümmert, denen das Leben zu schwer fällt.

BRÜCKEN. Lotta und ich haben einige gute Jahre zusammen bei der «Wochenzeitung» (WOZ) verbracht. Später haben wir uns regelmässig zumindest an der Mai-Demonstration in Zürich getroffen. Sie ist schnell und präzise im Denken, im Reden und Schreiben. Und vor allem ist sie eine herausragende Organisatorin. Trotzdem habe ich mich schon immer gewundert über all das, was sie neben ihrem Beruf noch so betreibt. Und lernte doch erst jetzt in ihrem Tagebuch, wie ernsthaft und intensiv sie zum Beispiel auch musiziert. Solche Seiten der politischen Journa-

listin genauer kennenzulernen ist sicher ein Gewinn des Formats Tagebuch. Sein Nachteil ist die Versuchung, nur zeitlich Zusammenhängendes auch inhaltlich verknüpfen zu müssen. So hat Suter am 12. März zunächst Tomatensetzlinge gepflanzt und sich dann mit den neusten Schauerlichkeiten von Präsident Trump beschäftigt. Zur Überleitung von einem zum anderen erklärt sie: «Ich möchte zumindest einen Teil meiner Aufmerksamkeit auf etwas richten, das wächst und gedeiht.» – Über so eine Brücke wären wohl nicht mal Genuesen gegangen.

Doch Suter überzeugt, wenn sie zum Beispiel die Folgen des Trumpschen Sozialabbaus am Fall ihrer neuen Heimat Vermont ausbreitet. 2016 lebten in diesem Staat 625 000 Menschen. Von ihnen überlebten 150 000 nur dank etwa 6000 Tonnen Lebensmitteln, die an Essensausgabestellen verteilt wurden.

Lotta Suter, **Amerikanerin werden** – Tagebuch einer Annäherung. Rotpunktverlag, Zürich 2018, 251 Seiten, CHF 28.–.

workxl der wirtschaft

Daniel Lampart

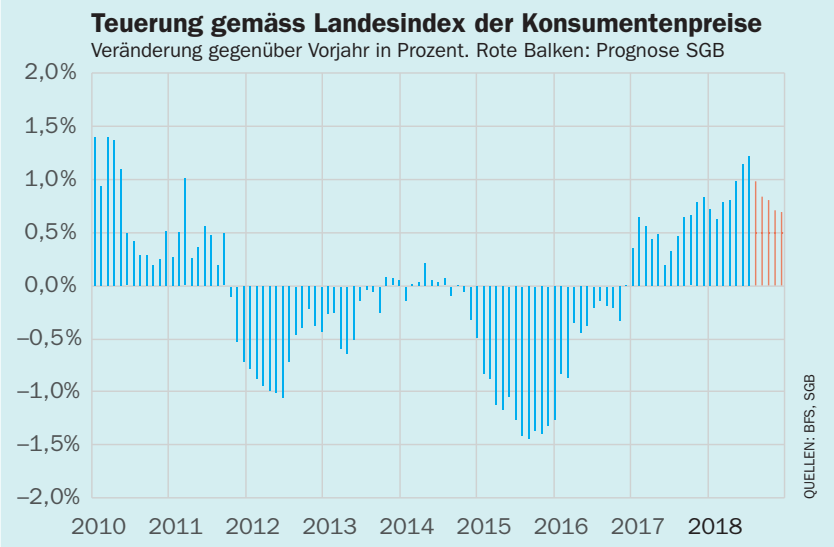
ACHTUNG TEUERUNG! JETZT MÜSSEN DIE LÖHNE RAUF

Zum ersten Mal seit 2010 ist die Teuerung in den Sommermonaten auf über ein Prozent gestiegen. Das hat grosse Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik.

STAGNATION. Denn wegen der starken Frankenaufwertung war die Inflation in der Schweiz ab 2011/12 entweder null oder sogar negativ. Der Teuerungsausgleich verlor daher bei den Lohnrunden an Bedeutung. Das muss sich im laufenden Jahr ändern. 2018 dürften die Konsumentenpreise in der Schweiz um rund 0,9 Prozent steigen. Haupttreiberin dieser Entwicklung sind die höheren Ölpreise und der etwas weniger stark überbewertete Franken. Die aus dem Ausland eingeführten Waren werden dadurch etwas teurer. Doch auch die Preise der in der Schweiz hergestellten Produkte und Dienstleistungen beginnen zu steigen. Obwohl die Mehrwertsteuer Anfang Jahr

von 8 auf 7,7 Prozent gesenkt wurde. Voraussichtlich werden die Löhne 2018 knapp mit der Teuerung Schritt halten. Aber kaum mehr. Gemäss den heute verfügbaren Informationen gab es im laufenden Jahr knapp ein Prozent mehr Lohn. Das heisst, dass die Reallöhne angesichts der Teuerung von knapp einem Prozent momentan mehr oder weniger stagnieren. Obwohl es wirtschaftlich aufwärtsgeht.

WENDE. Weil der Teuerungsausgleich in den Jahren nach 2011 kein Thema war, gab es wahrscheinlich auch weniger generelle Lohnerhöhungen. Laut Bundesamt für Statistik sank der Anteil der generellen Lohnerhöhungen von über 70 Prozent in den Jahren 2008/09 auf 25 Prozent im Jahr 2017. Wenn die Preise sinken, steigt die Kaufkraft auch bei unverändertem Lohn. Viele Arbeitgeber wollten die Löhne darum nur individuell erhöhen.



In der kommenden Lohnrunde braucht es eine Wende. Alle müssen einen Teuerungsausgleich erhalten. Und weil es wirtschaftlich aufwärtsgeht und die Löhne in den letzten zwei Jahren kaum

vom Fleck kamen, müssen die Reallöhne für alle steigen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Dokfilm über Meili Wachmann macht Geschichte

Vor zwanzig Jahren rettete Christoph Meili bei der UBS brisante Akten vor dem Schredder. Es ging um die nachrichtenlosen Vermögen von jüdischen Familien, welche die Nazis im KZ umgebracht hatten. Der Bankenskandal brachte die Schweiz weltweit in die Schlagzeilen. Jetzt hat Daniel



FOTO: SRF

von Aarburg die Geschichte von **Christoph Meili** in einem Film aufgearbeitet. Er stellt Meili Thomas Borer gegenüber. Der ehemalige Schweizer Botschafter und heutige PR-Lobbyist sollte den Ruf des Landes retten. Neben Meili und Borer treten auch Protagonistinnen wie Ruth Dreifuss und der US-Senator Alfonse D'Amato auf.

Daniel von Aarburg: **Die Affäre Meili – ein Whistleblower zwischen Moral und Milliarden.** 75 min. Jetzt in den Kinos.

Heiner Flassbeck über die Globalisierung: Neoliberale Seifenblase

Was hat die Globalisierung in den letzten 30 Jahren gebracht? Den meisten Ländern nichts. Dies legt der deutsche Ökonom und Kritiker Heiner Flassbeck in seinem jüngsten Buch gemeinsam mit Paul Steinhardt dar. Der Grund: Das marktradikale Modell der meisten Ökonomen taugt in der Realität nichts. Das Versprechen der Neoliberalen nach Reichtum für alle hat sich als Seifenblase entpuppt. Nur einige wenige sind noch reicher geworden. Flassbeck plädiert für ein neues Weltwährungssystem, mehr staatliche Lenkung der Wirtschaft sowie vor allem für bessere Löhne bei steigender Produktivität

Heiner Flassbeck, Paul Steinhardt: **Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates.** Edition Suhrkamp, ca. CHF 24.–.

Studie: Autoritäres Europa So regieren Rechte

Ungarn, Polen, Österreich, aber auch Dänemark, Norwegen und die Türkei: In allen diesen Ländern sind rechte Politiker an der Macht. Wirtschaftskrise, Korruption, Nationalismus, Populismus und Fremdenfeindlichkeit bereiteten ihnen den Weg nach oben. Auf je verschiedene Weise haben sie diese Länder in autoritäre Staaten verwandelt. Die Demokratie ist teils zur Fassade verkommen. Wie das geschehen konnte, zeigt eine wohltuend kurz gefasste Studie der deutschen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft. Die Lektüre ist sehr lohnenswert, aber auch beängstigend. Ist das die Zukunft von ganz Europa?

Die radikale Rechte an der Regierung. Sechs Fallbeispiele aus Europa. Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Gesellschaft. Gratis-Download unter rebrand.ly/rechte.



Das offene Ohr
Philip Thomas
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Kündigung: Darf die Firma nach Lohnforderungen kündigen?

Vor zwei Wochen sprach ich mit meiner Chefin. Ich verlangte mehr Lohn, weil ich weniger verdiene, als im Gesamtarbeitsvertrag vorgesehen ist. Vor zwei Tagen hat sie mir nun gekündigt. Ist diese Kündigung gerechtfertigt?

PHILIP THOMAS: Nein. Eine Kündigung, kurz nachdem Sie mehr Lohn verlangt haben, deutet auf eine missbräuchliche Kündigung hin. Eine Kündigung ist dann missbräuchlich, wenn jemand Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis geltend macht. Den Lohn gemäss Gesamtarbeitsvertrag zu verlangen ist ein berechtigter Anspruch. Auch wenn die Kündigung ungerechtfertigt erfolgt, ist sie jedoch gültig. Sie können aber eine Entschädigung verlangen. Dazu müssen Sie



MISSBRAUCH: Wenn die Firma Ihnen unrechtmässig kündigt, können Sie vor Gericht eine Entschädigung von höchstens sechs Monatslöhnen einfordern. FOTO: FOTOLIA

innerhalb der Kündigungsfrist schriftlich bei Ihrer Firma Einsprache erheben. Danach können Sie versuchen, sich mit Ihrer Chefin darauf zu einigen, wie das Arbeitsverhältnis weitergeführt werden kann. Wenn dies zu keiner Lösung führt, so können Sie innerhalb von 180 Tagen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses beim Richter eine Klage einreichen. Der Richter setzt dann die Höhe der Entschädigung fest. Das Maximum von sechs Monatslöhnen wird leider nur selten ausgeschöpft. Meistens werden nur zwei Monatslöhne zugesprochen. Nur wenn krasse Umstände vorliegen, sprechen die Richter mehr zu. Wenn Sie die Klage erst nach den 180 Tagen einreichen, so haben Sie keinen Anspruch auf eine Entschädigung.

Krankheit: Muss ich mich von der Vertrauensärztin untersuchen lassen?

Seit einigen Wochen bin ich krank, habe aber ein Arztzeugnis abgegeben. Mein Chef möchte jetzt, dass ich mich von der Vertrauensärztin untersuchen lasse. Diese Ärztin hat ihre Praxis in der Nähe des Hauptsitzes. Ich wohne in der Region Bern, der Hauptsitz ist jedoch in der Region Solothurn. Muss ich da hingehen, und wer bezahlt das Zugbillet?

PHILIP THOMAS: Ja, Sie müssen hingehen. Die Firma kann eine Untersuchung beim Vertrauensarzt verlangen. Häufig ordnet die Firma dies an, weil sie die Richtigkeit des beigebrachten Arztzeugnisses bezweifelt. Zweifel können entstehen, wenn die Firma beispielsweise schlechte Erfahrungen mit Ihrem Arzt gemacht hat. Eine vom Arbeitgeber angeordnete Untersuchung beim Vertrauensarzt folgt aus der Treuepflicht. Sie sind deshalb verpflichtet, der Aufforderung Ihres Chefs nachzukommen. Ihre Firma muss aber die Kosten für die von ihr angeordnete Untersuchung bezahlen. Wenn Sie sich weigern, den Termin bei der Vertrauensärztin wahrzunehmen, so haben Sie keinen Anspruch mehr auf Lohnfortzahlung. Neben den Arztkosten muss Ihre Firma auch die Reisespesen vom Wohnort zum Vertrauensarzt übernehmen. In Ihrem Fall muss der Arbeitgeber darum die Kosten für den Zug von Ihrem Wohnort nach Solothurn und zurück bezahlen.

Zusatzversicherungen der Krankenkasse: Das brauchen Sie wirklich

Überflüssiges geht schnell

An der obligatorischen Grundversicherung dürfen Krankenkassen nichts verdienen. Umso lieber tun sie es an Zusatzversicherungen. Prüfen Sie die Angebote deshalb genau.

MARTIN JAKOB

Auch 2019 werden die Krankenkassenprämien der obligatorischen Grundversicherung wieder steigen. Gemäss aktuellen Prognosen um rund 3 Prozent.

Die Grundversicherung deckt alle im Krankheitsfall üblichen ärztlichen und pflegerischen Kosten. Trotzdem hält sich daneben munter der Markt der Zusatzversicherungen. 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung gönnen sich irgendeine Zusatzversicherung. Das Prämienvolumen beläuft sich auf stolze 10 Milliarden Franken – das ist mehr als ein Drittel des Prämienvolumens in der Grundversicherung.

Und damit diese Einnahmen weiter fliessen und jährlich etwas mehr werden, investieren die Versicherungsgesellschaften fleissig in den Verkauf. Ein Heer von Beraterinnen und Maklern steht in ihren Diensten. Ihre Provision beträgt beim Abschluss einer neuen Grundversicherung etwa 50 Franken – wenn es hochkommt. Falls es ihnen aber gelingt, der gleichen Kundin auch noch eine Zusatzversicherung zu verkaufen, steigt die Provision schnell auf über 1000 Franken.

REGELN DES MARKTS

Seien Sie sich deshalb bewusst: Bei der Krankenversicherung haben Sie es mit zwei ganz unterschiedlichen Welten zu tun. Hier die Grundversicherung: im Grundgedanken sozial, obligatorisch und eng reglementiert. Dort die freiwillige Zusatzversicherung, die Ihnen gewinnorientierte Firmen anbieten und dabei die Leistungen und Preise im Rahmen des Gesetzes frei gestalten (siehe Box: «Die wichtigsten Unterschiede»).

Natürlich heisst das nicht, dass Sie von Zusatzversicherungen gänzlich die Finger lassen sollten.



Die wichtigsten und Zusatzver

Für alle obligatorisch	
Leistungsumfang	
Prämien	
Aufnahmebedingungen	
Vertragsdauer	
Anzahl Anbieter	
Prämienvolumen	
Verwaltungskostenanteil	
Ausbezahlte Provisionen	
Gewinne	
Eigenkapitalrendite	
Gesetze	

QUELLEN: KVG, VAG, BAG, FINMA

WORKTIPP

WAS IHRE KASSE ZAHLEN MUSS

Um zu prüfen, ob Sie tatsächlich eine Zusatzversicherung benötigen, werfen Sie auch einen Blick auf die Leistungen der obligatorischen Grundversicherung nach Krankenversicherungsgesetz (KVG). Das Bundesamt für Gesundheit bietet dazu eine gute Übersicht.

rebrand.ly/KVGdok

Aber ein sorgfältiges Abwägen der tatsächlichen Risiken gegen die Kosten lohnt sich. Ebenso der Vergleich verschiedener Anbieter (zum Beispiel mit dem Internet-Vergleichsdienst comparis.ch).

BEDÜRFNISSE KLÄREN

Viele Zusatzversicherungen bündeln einen bunten Mix von Leistungen in einer Police. Die heisst dann zum Beispiel Ambulant I, II, III, Completa, Sana, Top oder Primeo. Mit Garantie sind darin auch Leistungen enthalten, die Sie nie benötigen. Klären Sie deshalb zu-

nächst Ihre wirklichen Bedürfnisse. Und suchen Sie dann das Angebot, das Ihnen den gewünschten Versicherungsschutz bietet – möglichst ohne viel Firlefanz. Einige Beispiele, für welche Bedürfnisse eine Zusatzversicherung sinnvoll sein kann:

- Sie legen Wert auf alternative Medizin. Hier beschränkt sich die Grundversicherung auf Behandlungen durch Ärzte mit anerkannter Weiterbildung in komplementärmedizinischen Fächern. Die Zusatzversicherung bietet Ihnen eine grössere Auswahl von Therapien. Prüfen Sie aber vor der Vertragsunterzeichnung die aktuelle

Therapeutenliste der Versicherungsgesellschaft!

- Sie möchten finanziellen Schutz, falls Ihr Kleinkind später eine teure Zahnstellungskorrektur braucht. Eine solche Versicherung sollten Sie dann bereits in den ersten Lebensjahren abschliessen.
- Sie wohnen in einem ländlichen Kanton mit wenigen Spitälern oder an der Kantonsgrenze und möchten deshalb lieber ins Spital des Nachbarkantons. Dafür gibt's gegen eine kleine Prämie die Zusatzversicherung «allgemeine Abteilung ganze Schweiz».
- Sie möchten im Falle eines Spitalaufenthalts im Einer- oder Zwei-



GENAU HINSCHAUEN: Firmen, die jemanden neu einstellen, wollen von dieser Person alles mögliche wissen. Umgekehrt gilt das aber auch! FOTO: ISTOCK

Stellenbewerbung: Was taugt Ihr Drum prüfe, wer

Bewerben Sie sich um eine Stelle, stehen Sie auf dem Prüfstand: Sind Sie die perfekte neue Kraft? Drehen Sie den Spieß auch mal um: Verdient diese Firma Ihren Einsatz?

MARTIN JAKOB

Da haben Sie sich so auf die neue Stelle gefreut. Dann, nach wenigen Tagen, merken Sie, wie schief der Haussegen in der neuen Firma hängt. Die Chefs sind wortkarge Schinder, die Kolleginnen und Kollegen gehen verängstigt und lustlos ans Werk. Und offenbar steht das Unternehmen auch finanziell nicht auf sicheren Beinen. «Wir liefern aber nur noch gegen Vorauszahlung», sagt Ihnen der Ersatzteihändler, wenn Sie eine neue Bestellung aufgeben.

Hätten Sie das alles gewusst, hätten Sie wahrscheinlich doch die andere Stelle bevorzugt, die Sie in Aussicht hatten.

RECHERCHIEREN. Zur Vorbereitung eines Bewerbungsgesprächs sollten Sie sich gut über den künftigen Arbeitgeber informieren. Wenn Sie sich schon schlaumachen: tun Sie das doch gleich ohne rosarote Brille.

- Praktisch jede Firma unterhält heute eine Website. Finden Sie den Auftritt sympathisch und glaubwürdig? Achten Sie besonders darauf, ob und wie die Leistungen der Mitarbeitenden gewürdigt werden.
- Googeln Sie die Firma durch. War sie in jüngerer Zeit – positiv oder negativ – Thema von Medienberichten? Wurde sie al-

ins Geld



Unterschiede: Grundversicherung sicherung im Vergleich

Grundversicherung	Zusatzversicherung
ja	nein
gesetzlich exakt definiert	vom Versicherer frei definiert
jährlich neue Festsetzung, Genehmigung durch Bundesamt für Gesundheit (BAG)	Prämiengenehmigung durch Finanzmarktaufsicht (Finma)
Aufnahmewang der Krankenkasse. Keine Gesundheitsprüfung erlaubt. Leistungsvorbehalte nicht gestattet.	Versicherung kann Vertrag ablehnen, eine Gesundheitsprüfung verlangen und Vorbehalte anbringen.
1 Jahr, kündbar auf Ende Jahr, Frist 1 Monat	frei, oft 1 Jahr, Versicherer bestimmt Kündigungsfrist
55	23
28,7 Mrd. Franken	9,8 Mrd. Franken
4,9% (2016)	15,5% (2017)
33 Mio. Franken (2016)	484 Mio. Franken (2016)
sind den Reserven zuzuweisen	erlaubt ohne Einschränkungen
–	14,61% (2017)
Krankenversicherungsgesetz (KVG), Krankenversicherungsaufsichtsgesetz (KVAG)	Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (VVG), Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)

durch den Chefarzt, ist eine besonders teure Zusatzversicherung. FOTO: ISTOCK

erzimmer liegen und von der Chef- oder Oberärztin behandelt werden. Ein teurer Luxus! Immerhin bieten mittlerweile etliche Versicherer flexible Modelle mit günstigeren Prämien an: Sie entscheiden vor dem Spitalaufenthalt, ob Sie privat oder doch lieber allgemein liegen wollen. Denn für eine Routineoperation mit ein, zwei Nächten im Spital tut es die «Allgemeine» dann vermutlich doch.

FÜR BRILLE UND FITNESS
«Sie erhalten einen Zustupf an die neue Brille!» – «Wir beteiligen uns an den Kosten Ihres Fitness-Abos!» Mit solchen Zuckerchen locken die

Versicherungen besonders gerne, denn viele tragen Brille, und viele gehen ins Fitnessstudio. Jedoch sind diese Goodies nur im Paket

Ein Vergleich von mehreren Angeboten ist zwar aufwendig. Aber er lohnt sich.

mit anderen Zusatzleistungen zu haben – und die gehen ins Geld. Falls Sie also keine anderen Anforderungen an eine Zusatzversicherung haben, lassen Sie sie besser bleiben: Selber bezahlen kommt Sie in diesem Fall günstiger.

DAS KLEINGEDRUCKTE KÜNDIGEN UND WECHSELN

Viele Zusatzversicherungen werden auf Jahresbasis abgeschlossen, häufig von Kalenderjahr zu Kalenderjahr. Jedoch sind die Versicherungsgesellschaften frei, andere Konditionen zu wählen. Zum Beispiel eine Mindestvertragsdauer von mehreren Jahren oder eine andere Kündigungsfrist als die üblichen drei Monate. Wie gehen Sie vor, falls Sie eine bestehende Zusatzversicherung kündigen möchten?

- Falls Sie auf diesen Versicherungsschutz künftig ganz verzichten wollen: die Kündigung rechtzeitig und schriftlich einreichen. Bei Ablauf Ende Jahr und 3 Monaten Kündigungsfrist muss die Kündigung spätestens am 30. September beim Versicherer eintreffen.
- Falls Sie für den gleichen Versicherungsschutz ein anderes Angebot mit besseren Konditionen möchten: zuerst den neuen Vertrag abschliessen und erst dann rechtzeitig den bisherigen Vertrag kündigen. Denn vielleicht werden Sie vom neuen Versicherer ja gar nicht angenommen oder nur mit Vorbehalten.

ZWEI KASSEN. Übrigens: Sie können für Grund- und Zusatzversicherung durchaus zwei verschiedene Krankenkassen wählen und zum Beispiel in der Grundversicherung die Kasse wechseln, ohne bei der bisherigen Kasse die Zusatzversicherungen zu kündigen.

Musterbrief Kündigungsschreiben der Stiftung für Konsumentenschutz: rebrand.ly/kuendigung

künftiger Arbeitgeber? sich länger bindet

lenfalls in den sozialen Medien kritisiert?

- Inzwischen haben sich Webportale etabliert, auf denen die Arbeitnehmenden Firmen aus ihrer Sicht bewerten. In der Schweiz am verbreitetsten ist kununu.ch. Aktuell finden sich dort rund 180 000 Bewertungen zu 35 000 Schweizer Firmen.
- Hören Sie sich im Bekanntenkreis um. Vielleicht hat jemand in der gleichen Firma schon gearbeitet oder ist noch dort angestellt, vielleicht steht jemand mit der Firma auch als Kundin oder Lieferantin in Kontakt.

EINDRÜCKE SAMMELN. Wenn Sie zum Bewerbungsgespräch eingeladen sind: halten Sie die Augen offen und fahren Sie Ihre feinsten Antennen aus! Ist

der Empfang eisig, höflich, zuvorkommend oder gar herzlich? Empfinden Sie die Atmosphäre in den Arbeitsräumen als angenehm, oder scheint die Stimmung angespannt und bedrückt? Finden Sie auf dem Anschlagbrett nur Wochenrapporte und Weisungen, oder ist auch eine Einladung zum Abteilungsausflug oder eine Ge-

Ein Blick aufs Anschlagbrett spricht manchmal Bände.

burtstagsgratulation dabei? Führt die befragende Person das Gespräch förmlich und von oben herab oder freundlich und interessiert? Spricht sie negativ über Ihre Vorgänger oder über andere Mitarbeitende?

Natürlich müssen die «har-ten» Fakten stimmen, wenn Sie eine neue Stelle prüfen: Ihr Arbeitsbeschrieb, Ihr Lohn, die Arbeitsbedingungen und die Entwicklungsmöglichkeiten. Für die Zufriedenheit am Arbeitsplatz sind aber auch die «weichen» Faktoren wichtig. Nach einer Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) nennen Arbeitnehmende diese vier Aspekte am häufigsten: Wertschätzung für die erbrachte Leistung, Gesundheit am Arbeitsplatz, das Einbringen eigener Ideen und ein gutes Verhältnis mit den Kolleginnen und Kollegen. Je besser Sie also in der Bewerbungsphase abschätzen können, wie es um diese Faktoren am neuen Arbeitsplatz stehen könnte, desto überlegter treffen Sie Ihre Wahl.

BETREIBUNGS- AUSKUNFT CHEF MIT SCHULDEN?

Hegen Sie ernstliche Zweifel, ob die Firma, bei der Sie sich bewerben, kreditwürdig sei? Eine Betriebsauskunft kann zur Klärung beitragen. Schauen Sie im Schweizer Firmenregister zefix.ch nach, welches Firmendomizil für die Unternehmung eingetragen ist. Gehen Sie danach zum zuständigen Betriebsamt. Um glaubhaft zu belegen, dass Sie eine Betriebsauskunft brauchen, bringen Sie das Stelleninserat und Ihre Bewerbung mit. Oder das Einladungsschreiben zum Bewerbungsgespräch. Die Auskunft kostet in der ganzen Schweiz 17 Franken.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Wie komme ich weiter in der Berufswahl?

Ich habe diesen Sommer die Oberstufe abgeschlossen und leider keine Lehrstelle gefunden. Ich konnte mich auch für keinen Beruf richtig begeistern. Am liebsten würde ich Rechtsanwältin werden, jedoch wären meine Noten zu schlecht fürs Gymi. Zurzeit nutze ich ein Brückenangebot. Was kann ich machen, damit ich mich richtig entscheide und es nächstes Jahr besser klappt?

« Die Berufswahl ist nicht einfach, und du bist nicht die einzige, die ein Jahr mehr dafür braucht. Wichtig ist jetzt, diese Zeit zu nutzen, um neue



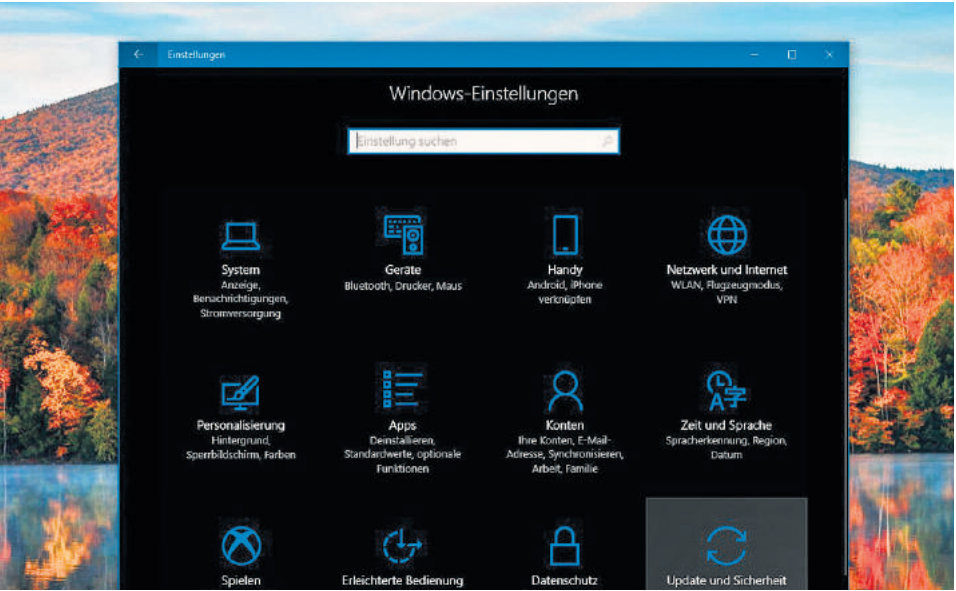
Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.

Erfahrungen zu machen. Beginn doch frühzeitig mit verschiedenen Schnupperlehren, wende dich an die Berufsberatung und sprich mit deinen Lehrpersonen und deinem Umfeld. Ein Geheimtipp, der sich oftmals bewährt: auch in Bereiche reinschnuppern, die dich bis jetzt noch nicht reizen. Danach weisst du, welche Branche dir gar nicht behagt – oder du entdeckst eine neue Leidenschaft. Wichtig ist, dass du dich nicht zu sehr unter Druck setzt. Nach einer Lehre hast du später die Möglichkeit, eine Zweitlehre, eine Berufsmatura, Matura oder eine andere Weiterbildung zu machen.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?
Schreib an lehre@unia.ch

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



TEMPOKILLER: Automatische System-Updates übers Internet sind nicht immer willkommen. Mit Einstellungskorrekturen lässt sich das Problem entschärfen. FOTO: PD

Das hilft gegen störende Windows-Updates

Das Betriebssystem Windows 10 führt automatisch System-Updates durch. Ausschalten können Sie diese nicht. Der PC lädt also regelmässig Windows-Updates herunter. Haben Sie keine schnelle Internetverbindung, spüren Sie das: Das Surfen im Internet wird langsamer, Youtube-Videos beginnen zu ruckeln. Ohne schnelle Leitung können Updates schnell mal nerven. Immerhin können Sie einstellen, wie stark Windows für die Updates die Leitung belastet. Das geht so: Klicken Sie im Startmenu auf das Zahnrad-symbol, und wählen Sie im neuen Fenster «Update und Sicherheit». Im linken Balken klicken Sie auf «Windows Update», dann rechts «erweiterte Optionen». Nun wählen Sie «Übermittlungsoptimierung», dann «erweiterte Optionen». Machen Sie unter «Downloadeinstellungen» ein Häkchen bei den Updates «im Hintergrund», und stellen Sie dann den Schieber auf 30 Prozent oder weniger ein. Die Updates dauern nun zwar etwas länger, beeinflussen das Surfen jedoch weniger.

SO GEHT'S BEIM MAC. Anders als bei Windows können Sie beim Mac die Updates sogar ganz abstellen. Gehen Sie in die Systemeinstellungen und dort auf «App Store». Entfernen Sie jetzt den Haken bei «automatisch nach Updates suchen». Das ist allerdings heikel, weil jetzt auch keine Sicherheits-Updates mehr installiert werden. Checken Sie deshalb selber von Zeit zu Zeit, ob es neue Sicherheits-Updates gibt.

MARC MAIR-NOACK

Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und
Freizeitanbieter werden
günstiger durch Reka-
Checks: ÖV, Reisebüros,
Hotels, Restaurants,
Kinos, Tankstellen,
Freizeitparks u. v. m.
www.reka-guide.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR.13
Das Lösungswort lautete: ARBEITSWELTEN



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Freienhof, hat gewonnen: Augustine Singh, Arbon TG. Herzlichen Glückwunsch!

der Jakob schreibt neu work-Service-Teil	Zwergstaat in den Pyrenäen	work: Reiche werden reicher, sie zahlreicher	11	orientalisches Reisgericht	afrikanische Antilope	Wüsten-grün	Schrift-stück	verkürzte Stunde	auch Lauch genannt	er arbeitet im Gast-gewerbe	3	chem. Zeichen f. Barium	treuer Anhänger
↳					er sticht gerne im Sommer					aus ihr kann man Seile machen			↳
nautilus Meile, Abk.		Gruppe v. Musikern		Grossvater, den man mag			work-Zieglers Beruf	ein Doktor, aber nur kurz		Samen-gewürz		städtisches Verkehrsmittel	K.p.u. = kastrierter Hahn
↳ 1					krebsartiges kleines Tier				Peddigrohr				↳
Tier aus der Fabel		Arbeitswert, kurz		Laut des Räusperns	männl. Vorname		kleiner Behälter	Plural von Genus					angenehmer Geruch
Hirsch aus Skandinavien				er kann sehr viel sein	Paradies	9	dt. TV-Anstalt		12	Insel f. Poeten			↳
knapper Samstag		Schachfigur				span.: Fluss		work über die Arbeit	↳	Chip-Karte f. Mobiltelefone			Anruf eines Schiffes
↳		Planet	sagte man auch f. Eule	2	chem. Zeichen f. Tellur	wo der Krell steht	10			Wahl-spruch		Erinnerungslücke	↳
Land, in d. Apulien liegt	work über diesen Schutz						bestimmter it. Artikel		Errungen-schaft	schnur-förmiges Metall			↳
↳						Milchprodukt	Autokennzeichen v. Sarnen	Anerkennung			Top-Level-Domain v. Macau		Streitkräfte
Eismasse im Meer	Vorbeter in Moschee		ihn braucht es b. Fussball	Berg in der Inner-schweiz	ergo, aber verdreht	↳				die Alleva in work (es reicht!)			↳
↳		7				Fladenbrot (mit einem a)		Internet-adresse v. Tunesien		Autokennzeichen v. Mendrisio	ich, so gesagt	4	Arbeitsmarkt-service, Kürzel
männl. Vorname	einer aus dem All						Umlaut	work über diese ... Clean-Putzfirma			uralte Ölpflanze		↳
↳			nicht schwarz, nicht weiss					kurz f. Niederlande		Staatsform			↳
8													↳
work über diese Lüge				5				Gegenteil v. schlecht		6	kleine Schlinge		↳

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 7. September 2018**



#ENOUGH18

Es reicht! Alle an die nationale Demo für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung

Samstag, 22.9.2018
Bern, Schützenmatte
13.30 Uhr

Seit 37 Jahren warten wir auf die Umsetzung der gesetzlich verankerten Lohngleichheit und kämpfen gegen Diskriminierung auf allen Ebenen.

Anmeldung bei frauen@unia.ch oder
auf deinem regionalen Unia-Sekretariat.
Für Gratistransport ist gesorgt.

www.unia.ch/demo-lohngleichheit

UNIA



WORKLESERFOTO

Schiff ahoi!

WANN 11. August 2018
WO Bei Merligen auf dem Thunersee
WAS Das Schiff «Blümlisalp»
Eingesandt von Erika Moser, Konolfingen BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 17.8.2018

Was denken Sie über den Frontalangriff der FDP-Bundesräte auf den Lohnschutz?

VIEL ZU WENIG SCHUTZ

Wir in der Schweiz haben einen der höchsten Standards auf vielen Ebenen. Aber in der Schweiz gibt es viel zu wenig Schutz für Arbeitnehmende. Das habe ich selbst erlebt. Und mein Bruder wurde entlassen, einfach wegen des Alters. Und obwohl er einen Dokortitel hat, hat er bis jetzt keinen neuen Job gefunden. Nur deshalb, weil man die Älteren durch junge, billigere Leute ersetzt. Üble Geschichten, die nirgends in der Zeitung stehen. Man müsste Geld investieren, um zu kämpfen. Aber wer hat das schon, wenn einem 7 Jahre vor der Pensionierung die Lebensgrundlage entzogen wird? Gewisse Leute in Bern können dies nicht nachvollziehen. Man könnte meinen, der Schweiz sei die Gerechtigkeit wahrlich abhanden gekommen! Ich bin froh, dass es noch anständige Politiker wie Rechsteiner gibt, die nicht bei der ersten Windböe umknicken! Weiter so!

MARIA M. MONACO-WUNDERLI, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion** Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

WORKPOST



WORK 13 / 17.8.2018: «FDP-BUNDESRÄTE GREIFEN UNSERE LÖHNE AN»

Kurz und bündig!

Ich kann's kurz machen: tolle Präsidentin, deutliches Interview, starke Gewerkschaft!

ELISABETH HURNI, SPIEZ BE

Aufgepasst bei den Wahlen!

Vania Alleva bringt es auf den Punkt: Der Angriff auf die flankierenden Massnahmen ist nur ein weiteres, wenn auch grosses Puzzle-teil im mehr oder weniger offenen Kampf der Bürgerlichen gegen die Arbeitnehmendenrechte. Hoffentlich merken das bis zu den nächsten Wahlen noch viel mehr Menschen. Nur wenn SVP und FDP im Nationalrat geschwächt werden, kann auf politischer Ebene der grösste Schaden für die Lohnabhängigen abgewendet werden. Mit der rech-

ten Mehrheit im Bundesrat müssen wir uns für die nächsten Jahre wohl abfinden. Denn für Schneider-Ammann wird die FDP kaum eine sozialere Figur bringen.

HANSPETER LÜTHI, DORNACH SO

Eine Enttäuschung

Die grösste Enttäuschung für mich ist Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Ich habe ihn als Oberaargauerin immer als Patron erlebt, für den sozialer Ausgleich und faire Sozialpartnerschaft nicht nur Lippenbekenntnisse sind. Ich glaube nicht, dass er sich damals verstellt hat, aber offensichtlich hat er sich sehr zu seinen Ungunsten verändert. Schade!

TRUDI BERNER-ZAUGG, PER MAIL

Gut erklärt

Wenn man nur die Tageszeitungen liest, könnte man meinen, SGB-Präsident Paul Rechsteiner sei

einfach einer sturer Kerl und begreife nicht, dass statt 8 Tagen auch 4 Tage zum Lohnschutz genügen. Zum Glück erklärt die Unia-Präsidentin in leicht verständlichen Worten, worum es beim Streit wirklich geht. Ich habe das Interview schon etliche Male kopiert und in meinem Bekanntenkreis an Nicht-Gewerkschafter verteilt. Alle haben es verstanden!

WALTER BRÖNNIMANN, BASEL

WORK 13 / 17.8.2018: 100 JAHRE GEIZ, GEIFER UND GALLE

Alle nach Bern!

Mich freut die work-Serie zur Gleichstellung von Frau und Mann jedesmal. Es ist gut, dass wenigstens ein Medium an diesem seit Jahrzehnten dauernden Skandal dranbleibt. Ich hoffe auf eine riesige Demo am 22. September!

ANNA MÜLLER, PER MAIL

WORK 13 / 17.8.2018: DAS TRAUMA DER GRENCHNER

Gegen das Vergessen

Es ist ein grosses Ärgernis, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Schweiz – nach wenigen Jahren, in denen es leicht anders war – von den grossen Medien verschwiegen wird. Das ist natürlich kein Zufall. Die Rechten und die noch Rechteren wollten die Kämpfe und die Errungenschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter schon immer unter dem Deckel behalten. Worüber man nicht redet, das geht

vergessen. Viel lieber pflegen sie ein zusammengebasteltes «Eidgenossen»-Bild mit erfundenen Nationalheiligen (Tell) und einer fiktiven Staatsgründung (Rütli). Ich habe als Sekundarlehrer immer versucht, wenigstens ein bisschen Gegensteuer zu geben und meinen Schülerinnen und Schülern zumindest ein bisschen Fakten statt nur Fiktionen zur Schweizer Geschichte mitzugeben. Ich finde es sehr lobenswert, wie work als Gewerkschaftszeitung hartnäckig auch geschichtliche Themen pflegt. So wie in der aktuellen Ausgabe zu den von der Armee hinterrücks erschossenen Arbeitern in Grenchen. Praktisch ist auch, dass die einzelnen Artikel auch im Internet zu finden sind. Wir dürfen uns unsere Geschichte nicht nehmen lassen! Und wir dürfen nie vergessen, dass falsche Geschichte zu falscher Politik führt – siehe SVP.

KURT LEDERGERBER, PER MAIL

WORK 13 / 17.8.2018: BEI VÖGELE FANDEN SIE SICH. BEI OVS ERLEBTE SIE EINEN ALBTRAUM!

Mutiger werden!

Marco Meyer wählt drastische Worte, aber in der Sache hat er recht: die Arbeitnehmenden in der Schweiz wehren sich viel zu selten und viel zu spät. Irgendwie scheint man in unserem Land immer noch zu glauben, dass es die Bosse schon gut meinen mit den Lohnabhängigen. Falls das je gestimmt haben sollte, ist diese Zeit schon längst abgelaufen. Wir müssen endlich mutiger werden und für faire Arbeitsbedingungen kämpfen.

UDO BRANDIS, WINTERTHUR

workquiz

Wie gut sind Sie?

- Politische Farbenlehre:**
Was sah das Bürgertum 1918 bei der russischen Sozialistin Angelica Balabanoff?
a) rosarot
b) Morgenrot
c) dunkelrot
d) Luxemburg Rosa
- Personenfreizügigkeit:**
Was ärgert EU-Marktradikale, Schweizer FDP-Bundesräte und Magdalena Martullo-Blocher gleichermassen?
a) Lohnschutz
b) Rostschrot
c) Frostschutz
d) Mundschutz
- Lohndumping:**
Auf welcher Genfer Baustelle arbeiten doppelt so viele «Billig»-Temporäre wie regulär angestellte Búezer?
a) Silo
b) Milo
c) Kilo
d) llo
- Eigennamen:**
Wie heisst der schwarze Hund von Gastro-Nomadin Ineta Jelic?
a) Kurkuma
b) Kiwi
c) Kirsche
d) Kokos

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1c; 2a; 3d; 4b

Sprengmeister **Paul Kellermann**
(27): Erfahrung ist alles

Ein Gespür für den Fels

Mit einer perfekten Sprengung sorgt Paul Kellermann für Nachschub in der Kiesgrube bei Arnegg SG. Dank allen Vorbereitungen scheinen die Gefahren überschaubar. Allerdings kann sich immer noch die Natur einmischen.

MICHAEL STÖTZEL | FOTOS DANIEL AMMANN

Noch eine gute Stunde. Sprengmeister Paul Kellermann hat alles so geplant, dass er um 14 Uhr in der Kiesgrube der Firma Hastag bei Arnegg SG rund 2500 Kubikmeter Geröll heraussprengen kann. Noch ist die Sortier- und Waschanlage in der Mitte der Grube in Betrieb, und Laster transportieren den Kies ab. Kellermann und sein Kollege Stefan Graf arbeiten auf einem bei einer früheren Sprengung entstandenen Plateau am letzten von 15 Bohrlöchern. Anderthalb Tage waren sie mit den Vorarbeiten beschäftigt. Dazu gehörte vor allem die genaue Vermessung der Wand zur Festlegung der Bohrlöcher.

Am Vortag hat er die zwölf Meter tiefen Löcher gebohrt, die Maschine dazu steht mittlerweile auf sicherem Terrain am Rand der Grube. Kellermann sagt: «Mein grosser Vorteil ist, dass ich von A bis Z alles selber mache. Von der Planung bis zur Ausführung. Wenn ich selber bohre, merke ich, was es für ein Fels ist. Gibt es Risse im Gestein? Hat es lose Ware? Ist der Untergrund weich oder fest?»

SPRENGSTOFF. Jetzt füllt Kellermann noch das letzte Loch mit 42 Kilo Sprengstoff. Insgesamt hat er für die Operation 750 Kilo versenkt. Der Sprengstoff ist verpackt in Würsten, die in Länge, Umfang und ihrer weissen Haut an italienische Salami erinnern. Sprengstoff ist auch in den Kabeln, die die Detonation in einer Kettenreaktion von unten nach oben auslösen sollen. Die obersten 2,5 Meter des Lochs füllt Kellermann schliesslich mit Splitt. So soll die Sprengenergie nicht nach oben verpuffen, sondern nach vorne gelenkt werden.

Zum Schutz vor Diebstahl des gefährlichen Materials sind alle Sprengstoffwürste registriert. Auf jeder Patrone und jedem Zünder stehe ein Code, sagt Kellermann. «Wenn ich Sprengstoff kaufe, bekomme ich zusätzlich zu den Kartons ein Riesenpaket an Codes, die ich einscanne. Damit ist immer nachvollziehbar, wo die Patrone ist. Nach der Sprengung scanne ich die Kartons jeweils ab. Somit ist der Sprengstoff als verbraucht deklariert.» Die genaue Buchführung werde regelmässig polizeilich überprüft.

KEIN LEHRBERUF. Sprengen, sagt Kellermann, sei Erfahrungssache, jedoch kein Lehrberuf. Die gebräuchliche Berufsbezeichnung «Sprengmeister» sei deshalb irreführend, korrekt wäre «Sprengberechtigter». Dazu müssen Interessierte mehrere Kurse absolvieren, die eigentlich jede und jeder besuchen kann. Voraussetzung für die Zulassung ist eine Zuverlässigkeitsbescheinigung der Polizei. Nach der bestandenen Abschlussprüfung erhält man den

Sprengausweis. Bei Kellermann ist dort auch die Teilnahme an weiteren Lehrgängen notiert, in denen es etwa um Metall- oder Tunnelsprengungen ging.

Der Beruf fasziniert. Wenn irgendwo ein Hochhaus oder ein Kamin gesprengt wird, ist meist das Fernsehen dabei. Und Schaulustige lassen sich auch durch die zu erwartenden Staubwolken nicht abschrecken. Stefan Graf, Kellermanns Kollege, meint: «Was wir machen, ist ein Traumberuf.» Aber Kellermann gibt sich nüchterner. Es sei ein interessanter Beruf, etwas Seltenes. Und im Freundeskreis habe man immer Gesprächsstoff.

HÖRNERKLING. Inzwischen ist es fast zwei Uhr geworden. Wir verlassen mit den beiden den Grubenbereich. Die letzten Laster machen sich davon, die Waschanlage steht still. Am Zufahrtsweg oberhalb des Steinbruchs, in vielleicht hundert Metern Entfernung zu dem Plateau, hat Kellermann seine Zündmaschine und eine Kamera hinter einem kleinen Erdwall aufgebaut. Wir sollen schauen, was er macht, fordert er uns auf. Wenn er sich bücke, sollen wir auch sofort hinter dem Erdwall in Deckung gehen.

Dann geht es los. Kellermann nimmt sein Horn und bläst ein langes Signal, fünf Mal. Es ist das Zeichen für die Absperrung der Strasse oberhalb der Grube. Er funkt die Posten an, alles in Ordnung. Das nächste Signal: drei Mal kurz, die Zündung. Die Detonation ist überraschend leise, die zu sprengende Fläche scheint kurz zu erzittern, dann rutscht sie auf ihrer ganzen Breite kompakt nach unten ab. Nur ein paar Brocken fliegen 30 oder 40 Meter weit in die Grube hinein. Weil es in der Nacht zuvor geregnet hat, gibt es praktisch keine

Staubwolke. Kellermann bläst noch einmal lang in sein Horn: das Signal für das Ende der Operation. Die Strasse wird wieder freigegeben.

Wir gehen zurück in die Grube, um das Resultat anzuschauen. Kellermann: «Das ist das Schöne an dem Beruf, wir werden direkt belohnt und sehen, was genau wir erreicht haben.»

Alles ist perfekt gelaufen. So perfekt, dass bei richtiger Planung und Vorbereitung das Risiko minimal und der Sicherheitsaufwand übertrieben scheint. Kann denn überhaupt etwas schiefgehen? Ja, sagt Kellermann. «Wir können noch so genau arbeiten, aber zwischen den Sprenglöchern und der freien Wand ist immer noch Natur.»

PAUL KELLERMANN EXPLOSIONSEXPERTE

Der 27-jährige Paul Kellermann hat in Ostdeutschland in einem Steinbruch gearbeitet und eine Lehre als Aufbereitungsmechaniker gemacht. So etwas wie Schlosser im Steinbruch, sagt er. «In dem Beruf lernt man eigentlich alles über die Aufbereitung des gesprengten Materials sowie die Bedienung und Wartung der dazu nötigen Maschinen.» In seinem Lehrbetrieb bekam er das Angebot, in die Bohr- und Sprengabteilung zu wechseln. «Das hab ich sofort angenommen.»

ZWEITE HEIMAT. Doch bevor er dort die Sprengprüfung ablegen konnte, verschlug es ihn 2012 in die Schweiz. Durch Vermittlung von Bekannten landete er bei der Bereuter Baugrubentechnik in Volketswil ZH, die als Sprengunternehmen auch in der Kiesgrube in Arnegg SG tätig ist. Kellermann arbeitete zunächst wieder als Sprenghelfer und Bohrmaschinist. Dann absolvierte er Schulungen im Campus Sursee und erwarb die verschiedenen Sprengberechtigungen. Jetzt ist er als hauptverantwortlicher Sprengmeister des Unternehmens «praktisch sein eigener Herr». Die Beschäftigten von Bereuter sind dem Landesmantelvertrag des Bauhauptgewerbes unterstellt. Kellermann erhält «einen ganz normalen Vorarbeiterlohn».

EXPLOSIV: Sprengmeister Kellermann füllt ein Bohrloch mit Sprengstoff, verkabelt die Sprengsätze und bläst dann vor der Zündung ins Horn.



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincgau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiezbinden@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Martin Jakob, Oliver Fahrni, Hans Ulrich Jost, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Regula Rytz, Renate Wegmüller, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsele **Korrekturat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.